

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen



Gedenkmarsch am 1. November in Wien

Der Gedenkmarsch der Wiener Antifaschistinnen und Antifaschisten am 1. November ist seit Jahren ein wichtiger Fixpunkt unserer Gedenkarbeit. Auch heuer gedachte der Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen gemeinsam mit der SPÖ Wien und den sozialdemokratischen Jugendorganisationen der Opfer des Kampfes gegen Austrofaschismus und Nationalsozialismus. Dem Aufruf folgten MandatarInnen und VertreterInnen der SPÖ, der Wiener SPÖ-Bildung, der Sozialdemokratischen Frauen, der Sozialistischen Jugend, der Jungen Generation, der Roten Falken und des VSSÖ, begleitet von den wehenden Fahnen der Jugendorganisationen in der Novembersonne.

Der Marsch führte zunächst zum Grab von Rosa Jochmann, wo die langjährige Vorsitzende unseres Bundes geehrt wurde. Anschließend ging der Gedenkmarsch weiter zum Mahnmal der Stadt Wien für die Opfer für ein freies Österreich 1934-1945. Unser Bundesvorsitzender Gerald Netzl begrüßte die zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die gerade zu diesen bewegten Zeiten, den Weg zum gemeinsamen Gedenken gefunden hatten.

Am Mahnmal hielt SPÖ Bundesgeschäftsführerin Sandra Breiteneder eine bewegende wie auch ermutigende Rede. Sie zitierte Theodor W. Adornos Plädoyer gegen die Barbarei von Auschwitz und hob hervor, dass es einer Erziehung nach Auschwitz bedürfe. Bedingungen der Barbarei, wären jedoch noch nicht überwunden, der Antisemitismus nimmt zu und antide-

mokratische Tendenzen in Europa erstarken. Sandra Breiteneder betonte, dass das Erinnern ein beständiger Kampf ist und für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unmittelbar in Zusammenhang mit der Demokratie stehe.

Bei der Gedenkstätte für die Opfer der NS-Justiz und NS-Kindereuthanasie, der Gruppe 40, gedachte Gemeinderat Gerhard Schmid in seiner Rede jener Menschen die für ihre Überzeugungen verurteilt und am Landesgericht hingerichtet wurden, an die Gefangenen aus Stein an der Donau und an die vielen Kinder, die am Spiegelgrund Opfer von NS-Ärzten wurden. Er erinnerte an den langen Kampf für diese Gedenkstätte und daran, dass Käthe Sasso unermüdlich den Druck für diesen Ort des Gedenkens aufrechterhalten hatte, bis diese schließlich im März 2013 eingerichtet wurde.

Die Abschlussrede im Ehrenhain für die Februar- und die Spanienkämpfer hielt Nina Mathies aus dem Bundsteam des VSSÖ. Sie erinnerte an die mutigen Genossinnen und Genossen, die sich nicht beugen ließen und die auch nach dem Verbot der Partei im Untergrund weiterarbeiteten. Als Vertreterin der Studierenden legt sie ihr Augenmerk auf den dunklen Teil der Geschichte der Hochschulen.

Der Gedenkmarsch endete wie jedes Jahr mit dem gemeinsamen Singen der „Internationale“.

Julia Hinterseer-Pinter ■



Matthias Lechner

V. l. n. r. Gerhard Schmid, Renate Anderl, Gerald Netzl, Volkmar Harwanegg, Sandra Breiteneder, Nina Mathies und Arijana Šegalo



Schwerer Verlust

Am 16. September starb nach langjährigem Kampf gegen eine Krankheit der Finanzreferent unserer Bundesorganisation Gen. Kurt Heinrich in seinem 81. Lebensjahr.

Kurt war seit 1977 politisch tätig und von 1989-1999 Bezirksvorsteher des 5. Wiener Gemeindebezirkes Margareten. Sein Motto lautete: „Gemeinsam mit den BewohnerInnen Margareten umgestalten.“ Als Bezirksvorsteher war er um Konsens in der Bezirksvertretung bemüht. So kannten wir ihn auch bei den FreiheitskämpferInnen. 2004 wurde er in Wien in die Landeskontrolle unseres Bundes gewählt, ab 2007 gehörte er dem Bundesvorstand als stellvertretender Finanzreferent an. 2010 folgte er Gin. Herta Slabina in der Funktion als Finanzreferent und wurde auf drei weiteren Bundeskonferenzen wiedergewählt.

Kurt war ein seriöser, besonnener Sozialdemokrat und Antifaschist. Er hinterlässt eine große Lücke in unserer Organisation. Dass Kurt nicht nur in unserem Bund bzw. der Sozialdemokratie sehr angesehen war, sondern auch weit darüber hinaus, zeigten die Kondolenzten unserer Partner in der ARGE der NS-Opferverbände, von Friedl Garscha vom KZ-Verband sowie von Gerhard und Norbert Kastelic von der ÖVP-Kameradschaft.

An Kurts Verabschiedung am 3. Oktober in der Feuerhalle Simmering nahmen mehr als 250 Personen teil. Dort sprachen und würdigten Kurts Schaffen Gen. Godwin Schuster vom Kuratorium Fortuna, wo Kurt Vizepräsident war, die Vorsitzende der SPÖ Margareten, Gin. Elke Hanel-Torsch, und Bundesvorsitzender Gerald Netzl. Wir werden in seinem Sinn weiterarbeiten!



Barbara Niedetzky

Gedenken in Hartheim

Die FreiheitskämpferInnen Oberösterreich beteiligten sich an der diesjährigen Gedenkfeier der Lern- und Gedenkstätte Hartheim. Zugleich konnten wir die Gedenkstätte als auch die neue Ausstellung besichtigen. Ein Bericht von Alexander Rath.

Über 100 Menschen aus einer Vielzahl von Nationen fanden sich am 1. Oktober 2023 zum Gedenken am Friedhofsgelände der Lern- und Gedenkstätte Hartheim in Alkoven zusammen. Neben VertreterInnen aus der Politik waren Gäste und RepräsentantInnen verschiedener Länder anwesend sowie Personen aus den Religionsgemeinschaften, Gedenkorganisationen und der Zivilgesellschaft. Die FreiheitskämpferInnen OÖ waren durch Günther Hagenauer und Alexander Rath vertreten.

Die Obfrau des Vereins Schloss Hartheim, Brigitte Kepplinger, sprach die Grußworte, gefolgt von Worten des Landeshauptmanns Thomas Stelzer. Die Gedenkrede kam dieses Jahr von Volker Schönwiese, ehemaliger Universitätsprofessor und Aktivist der Bewegung „Selbstbestimmt leben“. In seiner Rede hob Schönwiese hervor, dass die Gedenkkultur über das „Nie vergessen!“ hinausgehen muss, auch und vor allem für beeinträchtigte Menschen. Darüber hinaus mahnte er, dass es weiterhin Reformen im Feld beeinträchtigter Menschen braucht. Mit Verweis auf Siegfried Braun, einem Aktivist in der Zwischenkriegszeit, der 1944 in Auschwitz getötet wurde, erwähnte er die Rolle beeinträchtigter Menschen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die Gedenkfeier endete mit einem gemeinsamen Gebet und der Kranzniederlegung durch die VertreterInnen der Organisationen und Nationen.

Ebenso war es möglich, an einer Führung durch die erneuerte Ausstellung teilzunehmen. Diese Gelegenheit nutzend besuchten wir selbige und konnten uns einen Einblick in die Lern- und Gedenkstätte machen. Schloss Hartheim, vor 1938 eine Stätte der Betreuung beeinträchtigter Menschen, war in der Zeit des Nationalsozialismus Teil der Aktion T4, der Euthanasie beeinträchtigter Menschen, und nach dem Sommer 1941 Tötungsanstalt für Inhaftierte aus den Konzentrationslagern Mauthausen,

Gusen und Dachau (Aktion 14f13).

Insgesamt kamen ungefähr 30.000 Menschen in Hartheim ums Leben, unter ihnen viele Menschen aus den von der Wehrmacht besetzten Ländern Europas.

Erst seit 2003 ist der Ort als Gedenkstätte der Öffentlichkeit zugänglich und aufbereitet. Die Ausstellung „Wert des Lebens“ beschäftigt sich mit menschlichen und moralischen Fragen sowie deren Geschichte. Vor allem soll die Ausstellung als auch das Gedenken für alle Menschen gleichermaßen zugänglich sein. Obgleich versucht wurde, die Spuren der Tötungsanstalt zu verwischen, existieren noch einige Überreste des Krematoriums und der Gaskammer. Im ehemaligen Anmelderaum befinden sich die Namen von ca. 23.000 namentlich bekannten Opfern.

Neben der Gedenkstätte kümmert sich das Institut Hartheim weiterhin um die Betreuung beeinträchtigter Menschen und ermöglicht ihnen ein Leben in Selbstbestimmung. Damit lebt auch eine humane Tradition weiter, neben einem Ort des Verbrechens.



Unsere Genossinnen und Genossen in der Gedenkstätte Hartheim

Günther Hagenauer

Landeskonzferenz Niederösterreich

Am 31. August fand im Niederösterreichhaus der SPÖ in St. Pölten die Landeskonzferenz unseres Bundes statt. Ein verjüngter und aktiver Vorstand, mit Anton Heinzl an der Spitze, stellte sich der Wahl. Anlässlich seiner Landeskonzferenz betonte der Landesverband Niederösterreich die Bedeutung einer umfassenden Aufklärungs- und Bildungsarbeit gegen rechtsextreme Bewegungen.

Freundschaftliche Statements und politische Grußworte der Ehrengäste zeigten die Anerkennung unserer Arbeit und die Verbundenheit mit den verschiedenen Organisationen der Sozialdemokratie im größten Flächenbundesland: Landesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig, der Landesgeschäftsführer der SPÖ NÖ Wolfgang Zwander, der Vorsitzende der Jungen Generation Michael Kögl und auch der Präsident des Pensionistenverbandes NÖ Hannes Bauer nahmen sich Zeit. Bundesvorsitzender Gerald Netzl hob den Wert des Landesverbandes für die Gesamtorganisation hervor, schließlich stellt NÖ ein Viertel aller Mitglieder.

Eine besondere Auszeichnung für den nö. Landesverband war das politische Hauptreferat der Zweiten Präsidentin des Nationalrates Doris Bures. Gerade die steigende Zahl von Straftaten mit rechtsextremem, faschistischem und rassistischem Hintergrund ist ein Warnsignal für die heimische Politik und unterstreicht den unschätzbaren Wert der sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen für die Achtsamkeit in der Demokratie gegenüber faschistischen Tendenzen, sowie die Bedeutung der Erinnerungskultur gerade in Niederösterreich. Genossin Doris Bures zeigte einmal mehr ihre Wertschätzung für Anton Heinzl und seine FreiheitskämpferInnen im Land NÖ.

Landesvorsitzender feierte 70. Geburtstag

Anton Heinzl steht sein gesamtes politisches Leben lang für den aufrechten und geradlinigen Kampf gegen faschistisches Gedankengut und für Aufklärungsarbeit gegen die abscheuliche Verherrlichung der austrofaschistischen Diktatur von 1934 bis 1938. Als gelernter Maurer, erwarb er sich als Berufstätiger die Sachkenntnisse für den Bautechnikdienst im Magistrat der Stadt St. Pölten. Ob in Jugendjahren als Vorsitzender der Sozialistischen Jugend St. Pölten, als aktiver Bezirksvorsitzender der SPÖ und Abgeordneter zum Nationalrat oder insbesondere in seiner mittlerweile zehnjährigen ehrenamtlichen Tätigkeit als Vorsitzender des Bundes sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen. Anton Heinzl steht in jeder Zeit mit deutlichen Worten und Aktionen gegen Rechtsradikalismus und Hetze auf. Die Entfernung eines Dollfuß-Freskos in der St. Pöltner Prandtauerkirche und die Einbringung des Antrages auf Rehabilitation der im Faschismus strafrechtlich Verurteilten FreiheitskämpferInnen sind Streiflichter der zurückliegenden Arbeit. Im heurigen Jahr feierte der Landesvorsitzende seinen 70. Geburtstag, wozu die Landeskonzferenz herzlich gratulierte.



Werner Jäger

V. l. n. r. Ulrike Königsberger-Ludwig, Anton Heinzl, Doris Bures und Hannes Weninger (SPÖ-Klubobmann im nö. Landtag) vor dem Niederösterreichhaus der SPÖ

Als „echte Gefahr für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“ bezeichnete Heinzl in seiner Rede auf der Konferenz die Möglichkeit, dass der nächste österreichische Bundeskanzler Herbert Kickl heißen könnte. Erst jüngst habe dieser aufs Neue seine große Verbundenheit mit den Rechtsextremen in diesem Land durch seine verharmlosende Bezeichnung für die vom Verfassungsschutz beobachtete Bewegung der Identitären als „NGO von rechts“ kundgetan und sich damit als Feind der Demokratie geoutet. „Aktuell ist ein dramatischer Aufwind der Rechten in ganz Europa zu beobachten. Auch in Österreich kam es im Jahr 2022 wieder zu 928 rechtsextremen Tathandlungen. Wobei man davon ausgehen muss, dass rund zwanzig Prozent der Fälle in Niederösterreich stattfanden und damit das hohe Vor-Pandemie-Niveau wieder erreicht wurde“, zeigte sich Heinzl besorgt.

„Demokratie ist nicht unzerstörbar! Die uneingeschränkte Achtung und Verteidigung der demokratischen Werte, der Menschenrechte und der Freiheit der Meinung des Andersdenkenden sind umfassend zu schützen. In diesem Zusammenhang werden wir das Gespräch mit dem zuständigen ÖVP-Regierungsmitglied in der Landesregierung suchen und auf die Notwendigkeit der finanziellen Absicherung einer umfangreichen Bildungsarbeit hinweisen. Wenn es die ÖVP Niederösterreich ernst mit ihren Beteuerungen gegen rechts meint, wird es keinen Grund geben können, dagegen zu sein und die Tätigkeit der anerkannten NS-Opferverbände, so wie in anderen Bundesländern auch, zu unterstützen!“, so Heinzl abschließend.

Harald Ludwig ■

Ehrung für Peter Autengruber

Der Historiker Peter Autengruber war ab 1986 im Verlagswesen tätig und arbeitete viele Jahre im Verlag des ÖGB, von 1991 bis zu seiner Pensionierung 2023 als Leiter des Fachbuchverlages. Er veröffentlichte Schriften unter anderem zur österreichischen Parteiengeschichte, zur österreichischen Gewerkschaftsgeschichte und zur Wiener Regionalgeschichte. Sein 1995 erstmals erschienenes „Lexikon der Wiener Straßennamen“ gilt als

Standardwerk. Er war Mitglied der HistorikerInnenkommission, die von 2011 bis 2013 die Wiener Straßennamen untersuchte. Peter Autengruber betreute unseren Bund bei der Herausgabe von „Niemand vergessen! 70 Jahre Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen“ und der Neuauflage von Otto Bauers „Der Aufstand der österreichischen Arbeiter“.

Er ist ein ehrlicher Antifaschist und Demokrat und setzt sich schon lange für eine aktive Erinnerungsarbeit ein. Peter Autengrubers Aktivitäten sind gelebtes „Niemand vergessen!“ Am 26. September überreichte ihm unser Bundesvorsitzender Gerald Netzl im Bezirksmuseum Josefstadt die Rosa-Jochmann-Plakette. Die Redaktion gratuliert herzlich!



Gabriele Rubinig

Der Historiker Peter Autengruber (r.) wurde mit der Rosa-Jochmann-Plakette ausgezeichnet



Europäischer Holocaust-Gedenktag für Roma und Sinti

2023 jährt sich die Liquidation des „Zigeunerfamilienlagers B II e“ des ehemaligen nationalsozialistischen Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau zum 79. Mal. In der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 ermordeten die Nationalsozialisten die rund 4.300 im Lager verbliebenen Roma und Sinti – zu meist als arbeitsunfähig bezeichnete Frauen, Männer und Kinder. Sie wurden in die Gaskammern getrieben und umgebracht. Sie hatten keine Chance zu überleben. 2015 wurde der 2. August vom Europäischen Parlament als Europäischer Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma anerkannt. Das österreichische Parlament anerkannte im Jänner 2023 diesen Tag als nationalen Gedenktag.

In Erinnerung an die 500.000 ermordeten Roma und Sinti im von den Nationalsozialisten besetzten Europa fand am 2. August 2023 in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau im ehemaligen Abschnitt B II e die offizielle Gedenkveranstaltung statt. Neben Angehörigen der Minderheit der Roma und Sinti aus vielen europäischen Ländern, darunter rund 200 Jugendliche des Europäischen Roma-Jugendnetzwerkes ternYe, RepräsentantInnen



v. l. n. r. Andreas Sarközi, Hannah Lessing, Christian Klippl, Martin Gärtner

des polnischen Staates, der Kirchen und anderer internationaler Institutionen und Organisationen waren Botschafterinnen und Botschafter verschiedener Länder anwesend. Seit mehr als 25 Jahren fährt eine Delegation des Kulturvereins österreichischer Roma nach Oświęcim zur alljährlichen Gedenkveranstaltung. In diesem Jahr war dies der Vereinsobmann Christian Klippl mit seiner Lebensgefährtin Regina Santos sowie dem Vereinsgeschäftsführer Andreas Sarközi. Gemeinsam mit dem ös-

terreichischen Generalkonsul Martin Gärtner, der Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich Hannah Lessing und Helmut Böck, Sonderbotschafter der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), legten sie Kränze an der Gedenkstätte nieder.

Die Kundgebung war geprägt von zahlreichen Reden wie etwa von Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, Roman Kwiatkowski, Vorsitzender des Verbandes der Roma

in Polen sowie Georgina Laboda von der Jugendgedenkinitiative „Dikh He Na Bister“ (Romanes) – „Schau hin und vergiss nicht“. Prominente Rednerin war die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Nicole Beer. Für die Holocaustüberlebenden Roma und Sinti sprach Gerda Pohl.

Die Veranstaltung kann man nachsehen auf YouTube unter: <https://www.youtube.com/watch?v=hnYTYD8sCZc&t=2303s>

Andreas Sarközi ■

Andreas Kranebitter in Liesing

Unsere Bezirksgruppe Liesing hat am 12. September den neuen wissenschaftlichen Leiter des DÖW, Andreas Kranebitter, eingeladen. Mehr als dreißig interessierte Genossinnen und Genossen folgten seiner Präsentation und führten anschließend eine engagierte Diskussion.

Andreas Kranebitter strich die Überparteilichkeit und politische Breite des DÖW und seiner MitarbeiterInnen als große Stärke heraus. Das gilt seit der Gründung vor 60 Jahren durch Herbert Steiner und KameradInnen und soll auch in Zukunft so sein. Aktuell gibt es drei Ausstellungsorte (Wipplingerstraße, Salztorgasse und Klinik Penzing, vormals Otto-Wagner-Spital). In den nächsten Jahren wird das DÖW, das „aus allen Näh-

ten platzt“, auf das Areal der Klinik Penzing im Westen Wiens übersiedeln. Eine Herausforderung und zweifellos eine Verbesserung in vielerlei Hinsicht.

Zu den traditionellen Aufgaben des DÖW kommen neue wie Social Media und die Berücksichtigung, dass Österreich eine Migrationsgesellschaft ist. Auch soll der „Ostlastigkeit“ der Arbeit mit einer stärkeren Berücksichtigung Westösterreichs begegnet werden. „Manch universitäre ZeithistorikerInnen meinen, dass kaum mehr Widerstandsforschung nötig ist, die ist allerdings noch lange nicht erledigt“, so Kranebitter. KZ-Häftlinge mit dem grünen Winkel wurden zu lange verkürzt pauschal als Täter in den KZ dargestellt. „NIE-MAND war zu Recht in einem Na-



DÖW-Leiter Andreas Kranebitter (Mitte) in Liesing, mit Kira Höfenstock und Gerald Netzl

zi-Konzentrationslager inhaftiert“ – auch diese Opfergruppe stellt ein Forschungsdesiderat dar. „Angesichts der kommenden Herausforderungen des Rechtsextremismus wird das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes auch künftig alle Hände voll zu

tun haben.“ Wir haben einen sehr guten Eindruck von Andreas Kranebitter gewonnen. Ein weiteres erfreuliches Ergebnis des Abends war, dass gleich fünf GenossInnen dem Verein DÖW beigetreten sind.

Kira Höfenstock ■



Wir sind die starke Gegenmacht

Seit über 100 Jahren werden die Interessen der Arbeitnehmer:innen von der Arbeiterkammer vertreten. Die AK wurde als Gegenmacht zu den Verbänden des Handels und der Wirtschaft ins Leben gerufen. Und das ist sie bis heute: gemeinsam mit der Gewerkschaftsbewegung und mit der Sozialdemokratie eine starke Gegenmacht.

Das ist nötig, denn die Bedingungen in der Arbeitswelt sind rau. Die Beschäftigten im Land brauchen daher eine starke Stimme, die gegen diesen rauen Wind auftritt. Sie brauchen außerdem eine starke Stimme in der Politik - denn sonst setzen sich nur die Interessen des Kapitals durch. Und das einzige Interesse des Kapitals ist bekanntlich, sich zu vermehren. Die Arbeiterkammer setzt sich hingegen dafür ein, dass der immense, auch in Österreich vorhandene und vielfach nutzlose Reichtum gerecht verteilt wird. Das tun wir nicht, weil wir irgendjemanden um seinen Wohlstand beneiden. Das tun wir, weil wir für alle Menschen, die in Österreich leben, den besten Sozialstaat der Welt wollen. Der muss keine Utopie bleiben. Er ist möglich - wenn die Finanzierung gesichert ist und wenn der politische Wille dafür vorhanden ist.

Wir alle - auch Superreiche - profitieren vom besten Sozialstaat der Welt: Schulkinder und Pensionist:innen; Studierende und Unternehmer:innen; Landwirt:innen, Ärzt:innen und Arbeitsuchende; Menschen, die hier geboren sind und Menschen, die ihre Geburtsorte verlassen haben, um mit uns zu leben. Der Sozialstaat ist der sichere Boden, auf dem wir stehen, er ist das Fundament, auf dem unsere Gesellschaft aufgebaut ist. Er begleitet uns durch alle Lebenslagen. Und: Er hilft uns in Notlagen, wieder auf die eigenen Beine zu kommen - ob man krank oder arbeitslos wird, ob ein Betrieb Kurzarbeitsunterstützung oder eine Landwirtin Förderung beim Umstieg auf Bio-Betrieb braucht.

Ein wichtiges Betätigungsfeld für die interessenpolitische Arbeit der Arbeiterkammer ist die Sozialpartnerschaft. Über die Jahrzehnte haben wir in diesem Rahmen viel Gutes für die Menschen im Land bewirkt. In der Corona-Krise haben wir in Windeseile ein Kurzarbeitsmodell umgesetzt, wir haben Homeoffice-Regelungen angepasst und wir fordern gemeinsam den Ausbau der Elementarpädagogik - mit einer Milliarde Euro mehr pro Jahr. Die Sozialpartnerschaft ist ein starkes Bündnis, wenn es darum geht, Interessen der Betriebe und der Beschäftigten gegenüber der Politik durchzusetzen.

Die Beratung und Vertretung unserer Mitglieder ist ein wesentlicher Eckpfeiler unserer Tätigkeit. Dass die Mitglieder eine starke Vertretung dringend brauchen zeigen unsere Beratungs- und Vertretungszahlen jedes Jahr aufs Neue. Im Jahr 2022 haben unsere Expert:innen in ganz Österreich 2.156.590 Beratungen durchgeführt, das heißt: Sie kümmern sich pro Woche um rund 41.500 Anfragen oder um 8.300 pro Tag. Die Themen sind vielfältig: Fragen zum Arbeitsrecht, nicht bezahlte Überstunden oder falsche Abrechnungen sind dabei die Highlights. Die AK-Expert:innen helfen bei Unklarheiten zu Karenz und bei Fragen zu Weiterbildung, und sind auch in den Bereichen Konsument:innenschutz, Wohnen, Sozialversicherung, Pflege, Energie und Steuer gefragt. 2022 haben die Arbeiterkammern rund 64.000 Rechtsvertretungen übernommen - 1.230 pro Woche oder knapp 250 pro Werktag. Es gibt viele gute Arbeitgeber:innen, die sich an die Regeln halten. Es gibt aber auch andere - dann sind wir für unsere Mitglieder zur Stelle.

Diese starke Vertretungsarbeit kommt bei unseren Mitgliedern gut an. Immer wieder sind wir ganz weit vorne bei Vertrauensrankings - zuletzt auf Platz drei hinter Volksanwaltschaft und Polizei. Das gefällt vielen nicht. Immer wieder werden wir von neoliberaler Seite angegriffen, kritisiert, sie wollen uns zurechtstutzen - manche sogar ganz abschaffen. Diese Angriffe haben nicht zum Ziel, uns besser oder transparenter zu machen, das alles sind wir schon. Ziel ist uns und damit die knapp 4 Millionen AK-Mitglieder zu schwächen, damit jene, die sich in den Betrieben nicht an die Regeln halten wollen, freie Bahn haben.

Gegen diese Angriffe helfen zwei Dinge: die hervorragende Arbeit der AK-Mitarbeiter:innen in ganz Österreich; und eine hohe Wahlbeteiligung bei den AK-Wahlen 2024. Das wäre ein weiteres starkes Zeichen dafür, dass die Mitglieder zu uns stehen und unsere Arbeit schätzen. Und wenn wir unsere Vision des besten Sozialstaats der Welt Wirklichkeit werden lassen wollen, dann kommen wir um die Frage der Finanzierung nicht herum. Dafür brauchen wir eine starke Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen in den Arbeiterkammern. Denn wir sind die einzigen, die konsequent dafür stehen, dass der nutzlose Reichtum in unserem Land sich endlich nützlich machen muss.



Sebastian Philipp

Gin. Renate Anderl ist Mitglied unseres Bundes und Spitzenkandidatin der FSG in der AK Wien



Wörgl, 13. Februar 1934

In den Industriorten des Bezirks Kufstein - Wörgl, Häring und Kirchbichl, mit sozialdemokratischen Mehrheiten und Bürgermeistern bis zum Verbot der Partei 1934 - waren die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise dramatisch. Johann Astl, sozialistischer Gemeinderat in Wörgl und seit 1929 im Tiroler Landtag, warnte dort wiederholt vor der drohenden Verelendung der Region und dem damit einhergehenden Erstarken der Nationalsozialisten. Auf den Landesparteitagen der SDAP ergriff auch der junge Hans Lenk in diesem Sinn das Wort, Bezirksobmann der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und scharfer Kritiker der auf Ausgleich bedachten Parteiführung.

Als in den Mittagsstunden des 12. Februar 1934 die Nachricht von der Erstürmung der Linzer Parteizentrale der SDAP durch Polizei und Bundesheer eintrifft, ist Lenk entschlossen, gemeinsam mit den ehemaligen Schutzbündelführern der Nachbarorte den Kampf aufzunehmen. Kurier alarmieren Thomas Berger in Kirchbichl sowie Johann Oberhofer und Johann Sappl in Häring, die sozialistische Gemeinderätin Thekla Sittenthaler wird nach Innsbruck geschickt, in der vergeblichen Hoffnung auf Instruktionen des Parteivorstands. Lenk, sein Stellvertreter Julius Lotz und die mittlerweile im Parteiheim „Gasthof Rose“ in Wörgl eingetroffenen Schutzbündelführer ordnen für die Nachtstunden bewaffnete Bereitschaft an und bereiten die Verteidigung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln vor. Am Morgen des 13. Februar erteilt Bezirkshauptmann Karl Janetschek dem Postenkommandanten der Gendarmerie Wörgl Rochus Buratti die Weisung, mit Unterstützung der Heimatwehr das sozialistische Parteiheim zu räumen. Die Verhandlungen sind rasch beendet: Lenk weigert sich, die behördlichen Anweisungen zu befolgen, in dem Wissen, dass sich die mittlerweile durch Astl mobilisierten Schutzbündler aus Häring und Kirchbichl auf dem Vormarsch nach Wörgl befinden. Seine Festnahme scheitert am Widerstand der im Arbeiter-



Das ehemalige Arbeiterheim Wörgl

terheim anwesenden Schutzbündelmitglieder, die sich bewaffnet vor ihn stellen: „Der Lenk bleibt da, sonst kracht's!“. Für Buratti und die gegen 11:30 Uhr aus Kufstein eingetroffene Einheit der 5. Alpenjäger-Kompanie des Bundesheers gilt es nun vorrangig, das Vordringen der Schutzbündler aus den Nachbarorten zu verhindern. Dabei kommt es zu Schusswechseln im Bereich der östlich des Bahnhofs gelegenen Eisenbahnbrücke, auf dem Gelände der Zellulosefabrik Wörgl und später im Kirchbichler Ortsteil Gasteig. Ungeklärt bleibt, wie es in den Mittagsstunden den annähernd zwanzig bewaffneten Schutzbündlern gelingt, vom Arbeiterheim aus unbehelligt das zehn Minuten entfernte Fabriksareal zu erreichen. Als gegen 13:30 Uhr Landesgendarmeriekommandant Andreas Steiner aus Innsbruck eintrifft, findet er zwei verletzte Heimatwehrmänner vor, Lenk hat eine Schusswunde am linken Unterarm erlitten und sich in ein Personalhaus zurückgezogen. Eine Eskalation kann dennoch vermieden werden: Steiner ist bereit, die vorgesehene Verhängung des Standrechts aufzuschieben, das zumindest für Lenk, Astl und Oberhofer mit einiger Sicherheit das Todesurteil bedeutet hätte. Für Ko-

operator Franz Wesenauer in Begleitung des Gemeindeführers Johann Gschwantner bietet sich nun die Möglichkeit zur Vermittlung. Lenk stellt sich, nachdem auch Parteigenosse und Bürgermeister Michael Unterguggenberger eindringlich die Feuereinstellung gefordert hat. Ohne jede Hoffnung auf eine umfassende Beteiligung der Mehrheit der lokalen Arbeiterschaft an einem Generalstreik, ziehen sich die Häringer und Kirchbichler Schutzbündler in den folgenden Stunden in ihre Heimatorte zurück. Postenkommandant Buratti schildert in seinem Abschlussbericht ausführlich die Leistung der Gendarmerie, der es gelungen sei, für Wörgl und seine Bevölkerung „eine Katastrophe von unübersehbarer Bedeutung“ abzuwenden. Dass den Schutzbündelführern Berger, Lotz und Sappl die Flucht in die Schweiz gelungen ist, bleibt unerwähnt. Die katholisch-konservative Tiroler Presse ist erleichtert: „Das rote Hochburg-Dreieck Wörgl, Kirchbichl, Häring ist gefallen!“ Im April findet ein Prozess gegen zwölf der „Aufrührer“ statt, die Bemessung des Strafumsangs - drei Jahre Kerker für Lenk, 14 Monate für Oberhofer und Haftstrafen zwischen sechs und zwölf Monaten für die übrigen Angeklag-

ten - ergibt sich durch die einhellige Berücksichtigung mildernder Umstände. Die Beteiligten seien durch die Ereignisse im übrigen Österreich mitgerissen worden und geradezu in eine „Zwangslage“ geraten. Zugunsten Lenks, verehrt von den GenossInnen und respektiert vom politischen Gegner, hatten nicht zuletzt Bischof Sigismund Waitz und der Tiroler Sicherheitsdirektor Anton Mörl interveniert. Er verbüßt ein Jahr seiner Strafe, kommt 1935 im Zuge einer Amnestie frei und lebt bis 1939 im tschechischen, später im englischen Exil, unermüdlich aktiv im sozialdemokratischen Widerstand. Julius Lotz lässt sich in der Schweiz nieder, Berger und Sappl flüchten 1935 in die Sowjetunion, wo Sappl 1938 im Zuge der stalinistischen „Säuberungen“ erschossen wird. Berger erhält eine Ausbildung für den Einsatz in einer Panzerbrigade und kämpft ab Juni 1937 in Spanien. Er überlebt Haftzeiten in Frankreich und durch die Gestapo Innsbruck und lebt nach 1945 in Wörgl.

Reflexionen zu Ravensbrück – von jungen Menschen

Als Teil der Studienreise der oö. FreiheitskämpferInnen im März 2023 war ich mit mehreren jungen Menschen in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück. Dabei bin ich mit ihnen zum Reflektieren gekommen über die Stätte, das Erinnern und die Zukunft.

Der Besuch der Mahn- und Gedenkstätte war für mich und viele der Mitreisenden eine ganz besondere Angelegenheit. Trotz des eiskalten Windes nutzten wir die Gelegenheit, diese Stelle der Unterdrückung genau zu studieren und vor allem zu begreifen. Obwohl ich selbst bereits einige frühere Konzentrationslager gesehen habe (Mauthausen, Gusen, Dachau) hatte Ravensbrück einen gänzlich anderen Eindruck hinterlassen, was mich zum Reflektieren brachte. Beispielsweise haben wir in der Jugendherberge übernachtet, die sich in den ehemaligen Aufseherinnenhäusern direkt am Lagergelände befindet. In der ehemaligen Kommandantur ist heute die Hauptausstellung angesiedelt, in der viele Einzelschicksale Erwähnung und Gehör finden. Das ehemalige Jugend-KZ Uckermark, direkt neben Ravensbrück, weckte unser aller Interesse. Eine kleine Gruppe Ehrenamtlicher kümmert sich um die Pflege der spärlichen baulichen Reste und um das Gedenken. Da ist in mir die Frage aufgekommen: wie sollen, können und müssen wir jungen Menschen und nachfolgenden Generationen gedenken? Und wie gehen wir mit dem Erinnern an die Verbrechen des Nationalsozialismus in Zukunft um?

Auf der Suche nach Antworten kam ich ins Gespräch mit den Mitreisenden, allen voran den zahlreichen jungen Menschen im Alter zwischen 18 und 29. In den Unterhaltungen waren verschiedene Punkte stark präsent, allen voran wie wir die Gedenkstätte wahrnehmen und in welchen Kontext wir sie setzen. Denn wir, die heute Jugendliche und junge Erwachsene sind, haben einen ganz anderen Zugang zu den Verbrechen und der Frage des Erinnerns. Vieles kommt aus dem Schulwissen, den Workshops der Jugendorganisationen sowie dem Besuch der Gedenkstätte Mauthausen. Nur wenige von uns hatten noch eine weitere Gedenkstätte besucht, auch waren uns Gedenkfeiern und Gedenkort nicht unbedingt vertraut. ZeitzeugInnen sind uns kaum noch persönlich bekannt, viele Informationen kennen wir nur aus den Gedenkstätten, Büchern und Dokumenten, noch seltener aus dem Bekanntenkreis.

Vor allem ist eines für uns schwierig: obgleich wir heute in der Lage sind, Wissen und Informationen schneller abrufen zu können, fehlt uns die menschliche Verbindung. Natürlich können wir an die Orte der Verbrechen reisen, wissend



Alexander Rath

Das Gelände des ehemaligen Frauen-KZ Ravensbrück

was geschehen ist ... und sind wegen dieser fehlenden menschlichen Komponente in einer anderen Ausgangslage. Noch dazu liegt es teilweise jetzt schon an uns, Gedenken und Erinnern für die Zukunft und die nachfolgenden Generationen zu bewahren, mit neuen Erkenntnissen zu verbinden. Und zuletzt sollen wir all dies in einen Kontext setzen, um es selbst zu verstehen und anderen verständlich zu machen.

Am Ende der Studienreise waren mehr Fragen, auf die ich heute noch keine Antworten gefunden habe, da als erwartet. Ähnlich ging es den Mitreisenden. Selbst nach tagelangem Denken und Reflektieren, dem Besuch weiterer Gedenkstätten sowie dem Gespräch mit vielen Freunden verschiedenen Alters kam ich noch immer auf keinen grünen Zweig. Und ich glaube auch,

dass es keine endgültigen Antworten geben kann.

Nur gemeinsam können wir Antworten finden, dazu möchte ich junge Menschen animieren und motivieren. Und ich bitte euch, das ebenfalls zu tun. Denn am Ende des Tages liegt es an uns, dass das „Niemals vergessen!“ auch Realität bleibt!

Alexander Rath (26 Jahre) ■



Das Massaker von Korjukiwka 1943

Selbst Expertinnen und Experten zu den Nazi-Verbrechen sagt „Korjukiwka“ kaum etwas, wohl eher gar nichts. Vor achtzig Jahren fand in der Ukraine die größte „Strafaktion“ gegen die nicht-jüdische Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg in ganz Europa mit 6.700 ermordeten Zivilistinnen und Zivilisten statt. Täter waren SS, ungarische Armeeingehörige und einheimische „Hilfspolizisten“.

In der Nacht zum 27. Februar 1943 griffen sowjetische Partisanen eine deutsch-ungarische Garnison am Bahnhof von Korjukiwka (ca. 230 km nordöstlich von Kiew) an. Der Kommandeur der Partisanen Theodosius Stupak hatte ein starkes persönliches Motiv für den Kampf: Seine Frau wurde in der Kaserne am Vortag erschossen, seine beiden Söhne im Alter von 12 und 13 Jahren inhaftiert.

Es war allgemein bekannt, dass die Deutschen für jeden von Partisanen getöteten deutschen Soldaten bis zu 100 Menschen hinrichten. Manche EinwohnerInnen unterstützten die Partisanen freiwillig, andere unter Zwang. Die Partisanen töteten nach eigenen Angaben 78 Soldaten und nahmen einige gefangen. Alle 97 Gefängnisinsassen konnten sie befreien, darunter die Söhne des Kommandeurs Stupak. Er selbst starb bei der Aktion. Die Partisanen zerstörten, wie sie in einem Bericht nach Moskau meldeten, unter anderem eine Telefonstation, eine mechanische Werkstatt, ein Kraftstofflager mit Benzin, 18 Eisenbahnwaggons und das Gebäude der Staatsbank.

Die Rache und Vergeltung der SS und der ungarischen Feldjäger richtete sich gegen die EinwohnerInnen von Korjukiwka. Den Befehl dazu erteilte Oberstleutnant Bruno Franz Bayer. Die SS-Männer hatten schon zahlreiche Kriegsverbrechen und Massenmorde begangen, unter anderem das Massaker an den jüdischen Menschen aus Kiew in Babyn Jar mit mehr als 33.000

Opfern und in Poltawa mit mehreren tausend Opfern. Am Morgen des 1. März 1943 umstellten die SS und die ungarischen Einheiten, wahrscheinlich unterstützt von einheimischer „Hilfspolizei“, die Siedlung Korjukiwka. Die Todeskommandos durchsuchten die Gebäude der Stadt, zündeten Häuser an, trieben die Menschen in große Gebäude wie das Theater oder ein Restaurant und erschossen sie dort oder warfen sie lebendig ins Feuer. Im Restaurant wurden

etwa 500 Menschen getötet, nur fünf überlebten. Insgesamt wurden am 1. und 2. März sage und schreibe 6.700 Menschen ermordet. 1.290 Häuser wurden niedergebrannt, nur zehn Backsteingebäude blieben erhalten. ZeugInnen sagten aus, dass Rauch und Feuer von den Bränden noch mehr als 20 Kilometer entfernt in anderen Siedlungen zu sehen waren. Am 9. März kehrten die Mordkommandos zurück, um die überlebenden Einwohner zu töten. Gerald Netzl ■



In Korjukiwka erinnert ein Denkmal an das Verbrechen vom März 1943

Ehrung für Sonja Frank

Susan Netzl



Sonja Frank bekam von Gerald Netzl (l.) und Dominik Lang (r.) die Rosa-Jochmann-Plakette ausgezeichnet. Erster Gratulant war BV Gen. Alexander Nikolai.

Die Wienerin Sonja Frank zeichnet sich schon seit über zwanzig Jahren durch ihre umfangreiche und konsequente Gedenkarbeit aus. Ihre Arbeit wirkt weit über die Grenzen Österreichs. Den Mittelpunkt bildet dabei die umfangreiche und mühevollen Aufarbeitung und Dokumentation des Wirkens der österreichischen Widerstandsbewegung Young Austria im Exil in Großbritannien für die Nachwelt. Das historische Verdienst dieser Organisation und deren Mitglieder gilt heute unbestritten als wichtiger Beitrag für das Wiedererlangen der staatlichen und demokratischen Souveränität Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg.

Sie traten u. a. freiwillig in die britische Armee ein und kämpften gegen den Faschismus für die Befreiung Österreichs vom Deutschen Reich. Sie kamen zurück in ihre Heimat, um nach dem Krieg am Wiederaufbau eines freien, demokratischen und vor allem antifaschistischen Österreich aktiv mitzuwirken. Am 5. November überreichten Bundesvorsitzender Gerald Netzl und Bundesvorstandsmitglied Dominik Lang, im Beisein des Leopoldstädter Bezirksvorstehers Gen. Alexander Nikolai, Sonja Frank die Rosa-Jochmann-Plakette. Die Redaktion gratuliert herzlich!

Opalev / Wikipedia

Gedenken in Wien und in Litauen

Traditionell legen der Bundespräsident und die Bundesregierung am Nationalfeiertag in der Krypta am Heldenplatz einen Kranz für die Opfer im Kampf um Österreichs Freiheit nieder. Im Anschluss legt die Verteidigungsministerin gemeinsam mit den VertreterInnen der Opferverbände einen Kranz nieder, so auch 2023. Danach finden Angelobung und Leistungsschau des Bundesheeres statt.



BM Klaudia Tanner, dahinter v. l. n. r. Dagmar Schindler (KZ-Verband), Norbert Kastelic (ÖVP-Kameradschaft) und Volkmar Harwanegg (FK)

Am 3. November gedachte die ARGE der NS-Opferverbände an drei Orten ihrer Opfer: Am Spitz in Floridsdorf, im Landesgericht Wien sowie in der Gedenkstätte Saltorgasse. In Floridsdorf ist unser Bund für die Durchführung verantwortlich. Gin. Marina Hanke führte durch das Gedenken mit BV Gen. Georg Papai.



Gin. Eva-Maria Holzleitner beim Denkmal in der litauischen Gedenkstätte Paneriai



v. l. n. r. Volkmar Harwanegg (FK), Norbert Kastelic (ÖVP-Kameradschaft), Friedl Garscha (KZ-Verband), Marina Hanke (FK) und BV Georg Papai

Ende Oktober besuchte eine Delegation des Nationalrats das Baltikum. Gin. Eva-Maria Holzleitner, Vorsitzende der SPÖ Frauen, ist auch Vorsitzende der bilateralen parlamentarischen Gruppe Estland, Lettland und Litauen. Die Gruppe besuchte die Shoah-Gedenkstätte Paneriai, bekannter unter dem polnischen Namen Ponary. Die Nazis und ihre Helfer ermordeten dort in den Jahren 1941 bis 1944 über 100.000 Menschen.

Gerald Netzl ■



Manfred Ackermann

„Wenn es so etwas gäbe wie ein Pantheon der österreichischen Sozialdemokratie, dann hätte Manfred Ackermann dort ganz gewiss einen sicheren Platz.“

Mit diesen Worten würdigte einst Heinz Fischer einen der ganz großen Sozialdemokraten. Den vor 125 Jahren geborenen Freiheitskämpfer, ersten Vorsitzenden des Zentralkomitees der Revolutionären Sozialisten, engagierten Gewerkschafter, Volksbildner, Mitorganisator des mit Rosa Jochmann gegründeten Jugendkontaktkomitees und langjährigen Vorsitzenden der Wiener Landesgruppe der Sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus - den Visionär Manfred Ackermann.

Dem am 1. November 1898 in Mähren geborenen achten Kind einer jüdischen Arbeiterfamilie war es nicht in die Wiege gelegt, ein bedeutender Widerstandskämpfer, ein Weltbürger und überzeugter Sozialdemokrat zu werden. Kurz nach seiner Geburt übersiedelten seine Eltern nach Wien. Unterbrochen von Zeiten der Arbeitslosigkeit, war er, nach dem Besuch der Handelsschule, als Handelsangestellter tätig. 1916 als Frontuntauglicher zum Heeres-Bürodienst verpflichtet, traf er Bruno Kreiskys Vater, Max Kreisky, der ihn bewog, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei beizutreten. Parallel wurde er Mitglied im Zentralverein der kaufmännischen Handelsangestellten. Unter der Bezeichnung „Wiener Richtung“ bildete sich um Ackermann rasch ein Kreis junger Menschen. Mit ihnen übernahm er ab 1922 die Führung der Wiener Sozialistischen Arbeiterjugend. Die Anstellung im Zentralverein der kaufmännischen Angestellten bot ihm ab 1923 Gelegenheit, die Jugendabteilung des Vereins zu modernisieren und zur bedeutendsten Jugendorganisation aufzubauen, deren neue Struktur er beim 40-jährigen Jubiläum des Zentralvereins präsentieren konnte. Der spätere wissenschaftliche Leiter des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes, Wolfgang Neugebauer, prägte in seiner Dissertation „Geschichte der sozialdemokratischen Jugendbewegung in Österreich“ den Begriff „Die Ära Ackermann“.

Manfred Ackermann ehelichte 1926 Paula Popp. 1927 kam Sohn Peter zur Welt. Die Familie bezog eine Wohnung am Brigittaplatz 11, die sie, vor der Flucht vor den Deutschen Truppen, 1938 kündigten. 2008 wurde ihr einstiges Wohnhaus Manfred-Ackermann-Hof benannt.

Nach dem Verbot der Partei 1934 bildete sich unter Ackermann das erste - fünfköpfige - Zentralkomitee der Revolutionären Sozialisten (RS). Mit Broschüren, Flugblättern und politischen Witzen wurde von ihnen Aufklärung geleistet. Rote Fahnen, die Parole „Wir kommen wieder“ und die eingeschmuggelte „Arbeiter-Zeitung“ gaben Zeugnis von der Existenz der Partei. Ackermann, Deckname Karl Stein, wurde in dieser Zeit zweimal verhaftet. Er gehörte bis zu seiner Flucht 1938 der Führung der RS an.

Ein von Fini Muhr und Robert Uhlir organisierter Reisepass auf den Namen Hübner ermöglichte seine Flucht vor dem Hitler-Faschismus. Über Umwege gelangte er zur Tagung der österreichischen Sozialisten in Brüssel, übersiedelte nach Paris und trat dort Buttingers Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten (AVOES) bei. Nach mehrmaliger Verhaftung gelang es ihm mit seiner Familie über Portugal in die USA zu emigrieren. Lernwille und eine geliebte Nähmaschine verhalfen ihm zur Beschäftigung in einer Herrenbekleidungsfabrik. Er trat der Amerikanischen Sozialistischen Partei bei, unterstützte aus der Ferne die österreichischen GenossInnen und war bis zu seiner Pensionierung Funktionär einer fachspezifischen Gewerkschaft.

1964 stattete er Wien einen Kurzbesuch ab, bei dem ihn Ali Kohlbacher am Flughafen Schwechat begrüßen konnte. Im November 1964 wurden Paula und Manfred Ackermann, bei der endgültigen Rückkehr, von einer großen Delegation in Schwechat willkommen geheißen. Ackermann stellte sich umgehend für die SPÖ-Bildungsarbeit, die Tätigkeit für die Gewerkschaft

sowie die Betreuung des Jugendkontaktkomitees zur Verfügung. Mehr als 39 Ausgaben des Sozialistischen Kämpfers, die Verleihung der Otto-Bauer-Plakette, des Berufstitels Professor und zahlreiche weitere Ehrungen würdigten seine Tätigkeit. Unter dem Motto „Das gewöhne ich mir nicht ab. Das macht mein Innenleben sehr reich.“ blieb er Zeit seines Lebens Marxist.

Zu Ackermanns 100. Geburtstag schrieb Hans Sallmutter, Vorsitzender der GPA: „Es gilt heute als modern, Werte und Begriffe der eigenen Bewegung in Frage zu stellen oder gar über Bord zu werfen“, und mahnte „Das Gebäude der sozialen Sicherheit und der Demokratie konnte nur erbaut werden auf einem Fundament, das unermüdliche Kämpfer für die Ideen der Solidarität und Gerechtigkeit errichtet haben.“ Sallmutter sollte recht behalten. Spin-Doktoren scheiterten. Das Modell Manfred Ackermanns, an neue Zeiten angepasst, hat heute mehr denn je Gültigkeit.

Buchtipp: Manfred Ackermann „Erziehung zum Menschenbewusstsein (1988)“

Edith Krisch ■



Manfred und Paula Ackermann

Peter Lhotzky

Die vergessene Synagoge des Alten Wiener AKH

OSR DI Eduard Frosch, viele Jahre Technischer Direktor sowie Geschäftsführer der VAMED-KMB des AKH, berichtete kürzlich über eine erstaunliche Begebenheit:

„Anfang der 80iger Jahre schloss ich auf folgende Weise, posthum, Bekanntschaft mit dem berühmten Architekten Max Fleischer.

Eines Tages rief mich unser Gesundheitsstadtrat, Alois Stacher, zu sich und stellte mir eine junge Studentin vor, die an ihrer Diplomarbeit über den jüdischen Architekten und dessen Lebenswerk schrieb.

Dieser hat, so erzählte sie uns, eine Reihe von Synagogen in und außerhalb Wiens gebaut. Auch auf dem Areal des Allgemeinen Krankenhauses befindet sich eine, im Stil der Neorenaissance erbaute, Synagoge des erwähnten Architekten und sie wolle sich diese ansehen. Mein Stadtrat und ich sahen uns fragend an, da wir beide davon keine Ahnung hatten, geschweige denn wo sich diese Synagoge befindet. Also rief ich den Ärztlichen Direktor des AKH an, der mir den Standort im Hof 6 beschrieb und gleichzeitig festhielt, dass dieses Gebäude, da seit 1938 nicht mehr als jüdisches Gebetshaus in Verwendung, aus Platzgründen als Trafostation diene.

Diese Studentin und ich pilgerten ins AKH, wo wir auch den Ort des Interesses fanden. Ein Techniker der Betriebsleitung kam dazu, da wir einen Blick in das kleine Gebäude werfen wollten. Der Anblick war sehr ernüchternd und erinnerte keineswegs an ein Gebetshaus.

Wir überlegten noch vor Ort, was getan werden könnte, um die Erinnerung an dieses jüdische Gebetshaus und seinen Architekten wieder aufleben zu lassen. Eine Verlegung der Trafostation war aus Kostengründen (ca. 8 Mio. Schilling = 600.000 Euro) vorerst auszuschließen, da über dieses Gebäude der Narrenturm und einige Kliniken mit Strom versorgt wurden. Wir einigten uns auf einen neuen Anstrich und das Anbringen einer Gedenktafel. Stadtrat Stacher war mit dieser Lösung einverstanden. Aber was sollte auf dieser Gedenktafel stehen? Der Stadtrat meinte, ich soll mit dem Oberrabbiner der Israelitischen Kultusgemeinde, Paul Chaim Eisenberg, reden. Ein Termin war rasch gefunden und ein Gedenktext in Deutsch und Hebräisch formuliert. Damit bin ich dann zum Zentralfriedhof gefahren und habe bei einem Steinmetz eine rosafarbene Marmortafel auserkoren. Der Text sollte in Tiefrelief gemeißelt und mit Goldfarbe ausgemalt sein. Nach etwa einer Woche holte ich die sehr schöne Tafel ab und brachte sie direkt in die Technische Betriebsleitung des AKH, von der sie nach frischem Anstrich des Bethauses angebracht wurde.

Ein Termin, zur Enthüllung der Gedenktafel mit Bürgermeister Zilk, Oberrabbiner Eisenberg, der Kollegialen Führung des AKH, dem Dekan der MedUni Wien und anderen Honoratioren der Stadt, war rasch gefunden. Nach dem Festakt standen wir zusammen und plötzlich fragte mich der Bürgermeister, wer denn nach dem Krieg Ärztlicher Direktor des AKH gewesen sei. Ich erwiderte, das wäre Professor Schönbauer gewesen. Betretenes Schweigen der Anwesenden veranlasste Helmut Zilk, mich zu fragen, was denn die Verlegung des Trafos kosten würde. Nach Nennung der Summe, verbunden mit Problemen der Stromversorgung war dieses Thema zu

diesem Zeitpunkt beendet.

1988 schenkte die Stadt Wien das AAKH der Universität Wien, um auf dem Gelände einen Universitäts-Campus zu errichten. Dabei wurde auch jenes Gebäude übertragen, von dem wir reden.

1903 errichtet von Max Fleischer (1841-1905), als Betpavillon für PatientInnen jüdischen Glaubens, wurde er 1938 von den Nationalsozialisten geschändet und die Innenausstattung in den 50iger Jahren nach Unterbringung der Trafostation zerstört. Diese war bis zum Jahr 2000 in Betrieb. Die Universität hat als neue Eigentümerin des AAKH die Verantwortung übernommen, den unsensiblen Umgang mit dem ehemaligen Bethaus und die wechselvolle Geschichte zu dokumentieren.

Wer war Max Fleischer? Er studierte an der TU Wien und wechselte 1863 an die Akademie der bildenden Künste. Hier lernte er Eduard van der Nüll und August Sicard von Sicardsburg kennen. Danach holte ihn Friedrich von Schmidt in sein Büro, wo er am Neubau des Wiener Rathauses beteiligt war. Rechts vom Eingang in die Volkshalle ist seine Porträtbüste zu sehen. 1887 machte er sich selbstständig. Er errichtete neogotische Synagogen in Budweis, Krems, Nikolsburg (Mikulov) und an vielen anderen Orten. Auch am jüdischen Teil des Zentralfriedhofes sind etliche seiner Grabdenkmäler zu bewundern. Viele seiner Werke sind in der Novemberpogromnacht zerstört worden.

Die Künstlerin Minna Antova erarbeitete für den ehemaligen jüdischen Sakralbau des AAKH das Konzept einer Erinnerungsstätte. Ende 2005 wurde das nach ihren Plänen errichtete DENK-MAL Marpe Lanefesch, hebräisch, Heilung für die Seele, der Öffentlichkeit übergeben.“ (Eduard Frosch)

Seit 30. Juni 2009 wird an diesem Ort das „Gedenkbuch für die Opfer des Nationalsozialismus an der Universität Wien 1938“ aufbewahrt.

Edith Krisch ■



Die ehemalige Synagoge im Hof 6 auf dem Campus Altes AKH

Eduard Frosch



Simon Wiesenthal

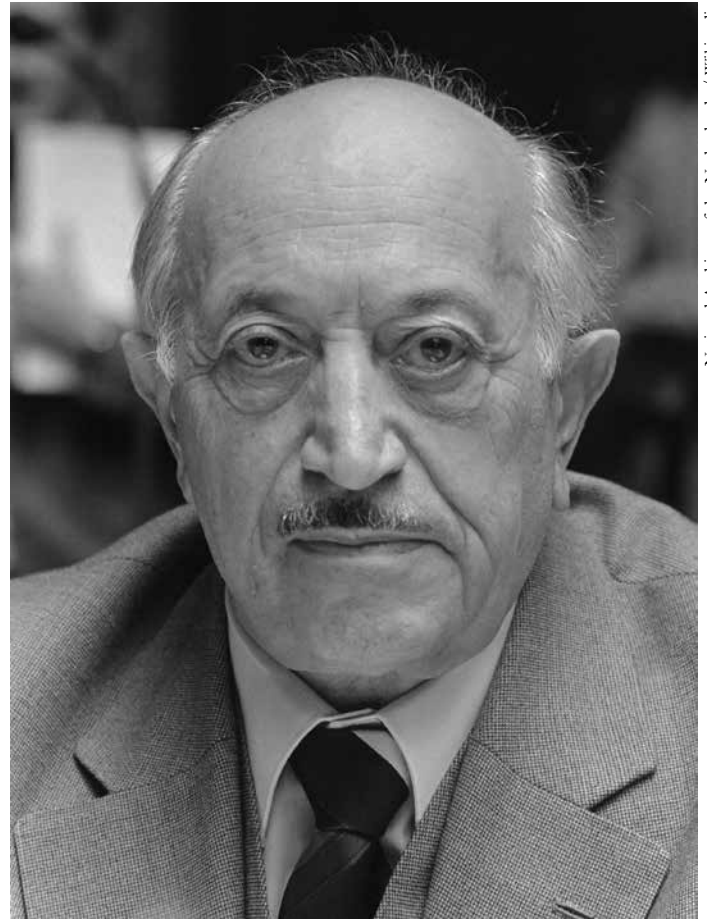
Vor 115 Jahren, am 31. Dezember 1908, wurde im altösterreichischen, heute ukrainischen Städtchen Butschatsch Simon Wiesenthal geboren. Simon Wiesenthal war eine der bedeutenden Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts, dem Respekt für die juristische Verfolgung von NS-Tätern gebührt.

Die Familie Wiesenthal floh nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 vor den zaristischen Truppen nach Wien, wo Simon die Volksschule besuchte. Nach dem Krieg fiel Butschatsch an die Republik Polen. Dort absolvierte er das Gymnasium, um anschließend in Prag Architektur zu studieren. Ab 1932 lebte er in Lwów (Lviv, Lemberg). Dieses wurde 1939, gemäß dem Hitler-Stalin-Pakt, sowjetisch besetzt. Anfangs wurde er von den neuen Machthabern schlecht behandelt, konnte sich dann aber etablieren. Die große Zäsur brachte der Überfall der Nazi-Wehrmacht am 22. Juni 1941, 170.000 Jüdinnen und Juden lebten damals noch in der Stadt - nach der Befreiung vom Nazi-Terror sollten es nur mehr 3.400 sein. Dank menschlicher deutscher Vorgesetzter überlebte Wiesenthal die Zwangsarbeit 1941-1943 in Lemberg. Im September 1943 floh er aus der Zwangsarbeit, versteckte sich, wurde jedoch am 13. Juni 1944 von den Deutschen verhaftet. Es folgte die Verschleppung in Konzentrationslager in Krakau, Groß-Rosen und von Mitte Februar 1945 bis zu seiner Befreiung nach Mauthausen (in Auschwitz war er nie). Simon Wiesenthal ist dem Tod nur knapp entronnen.

Schon bald nach der Befreiung wurde er für einen US-Geheimdienst tätig und wirkte u. a. 1947 an der Verhaftung Franz Murers, des „Schlächters von Riga“, mit. Bis Ende 1952 durfte er an die 200 NS-Kriegsverbrecher ausfindig gemacht und vor Gericht gebracht haben. Wiesenthal war auch in der Israelitischen Kultusgemeinde Linz, wo er bis zur Übersiedlung nach Wien wohnte, tätig und wurde 1957 zu deren Vizepräsidenten gewählt. Simon Wiesenthal war Zeit seines Lebens ein Konservativer. In den 1960er Jahren war die IKG Wien sozialistisch (sozialdemokratisch) dominiert. 1963 gründete Wiesenthal eine eigene Liste, blieb damit aber in der Minderheit. Er lag im Clinch mit der IKG Wien.

Einer seiner größten Fahndungserfolge war die Ausforschung (1964) und Auslieferung (1967) von Franz Stangl, ehem. Kommandant der Vernichtungsorte Sobibor und Treblinka, aus Brasilien. Nach der Verurteilung zu lebenslanger Haft starb Stangl bald an Herzversagen in der Haft.

Darf man dem Biografen Tom Segev glauben, dann griff Bundeskanzler Bruno Kreisky Wiesenthal wegen seiner Methoden an, die er nicht guthieß. Wiesenthal griff seinerseits Kreisky an, weil dieser ehemalige NSDAP-Mitglieder in seine Regierung aufnahm und - nach Meinung Wiesenthals - Israel nicht unterstützte. Dazu muss man wissen, dass Wiesenthal zuvor zur NS-Vergangenheit von ÖVP-Ministern öffentlich schwieg. Vor der Nationalratswahl 1975 schrieb Wiesenthal an jüdische Freunde „Kreisky wäre ein Verräter der jüdischen Nation und der Demokratie“. Auch hatte er ein Dossier über FPÖ-Obmann Friedrich Peter und dessen Rolle in der SS vorbereitet. Damit wollte er an die Öffentlichkeit gehen, falls die SPÖ die absolute Mehrheit verliert, um eine Koalition von SPÖ und FPÖ zu verhindern. Tom Segev schreibt, Wiesenthal ging nur dann an die Öffentlichkeit, wenn er Beweise für Verbrechen hatte. Die hatte er bei Friedrich Peter nicht. Ging er wegen Bruno Kreisky an die Öffentlichkeit? Auch in der Affäre Kurt Waldheim 1986 ff. hat sich Simon Wiesenthal (aus parteipolitischer Loyalität?) lange zurückgehalten - was ihm schwere Kritik des World Jewish Congress eintrug. Die Unterstützung Kurt Waldheims könnte Simon Wiesenthal die Verleihung des Friedensnobelpreises gekostet haben. Diesen erhielt der Auschwitz- und Buchenwaldüberlebende Elie Wiesel 1986 - Simon Wiesenthal machte sich Hoffnungen darauf. Simon Wiesenthal starb nach einem arbeitsreichen Leben am 20. September 2005



National Archives of the Netherlands / Wikipedia

in Wien und wurde auf seinen Wunsch in Herzlia in Israel begraben. 1977 wurde das nach ihm benannte Simon Wiesenthal Center mit Hauptsitz in Los Angeles gegründet. 1995 wurde er Ehrenbürger der Stadt Wien. Seit 1996 ist eine Gasse in der Leopoldstadt nach ihm benannt, seit 2022 wird in Österreich der Simon-Wiesenthal-Preis für zivilgesellschaftliches Engagement gegen Antisemitismus vergeben.

Web-Tipp: www.wiesenthal.com/

The Museum of Jewish Heritage in New York

Gelegen an der Südküste Manhattans, nur einen kurzen Spaziergang von der Wall Street entfernt, befindet sich das Museum of Jewish Heritage, ein lebendes Denkmal an den Holocaust. Das Museum sieht sich als Ort der Erinnerung und Aufklärung, mit der unmissverständlichen Mission „Niemand vergessen!“. Der Fokus auf das Erleben und Erbe der Jüdinnen und Juden wird in den Ausstellungsräumen deutlich vermittelt und eröffnet neue Perspektiven auf die museale Aufarbeitung in TäterInnenländern.

Auch für Deutschsprachige ist das Museum zugänglich, dank eines gratis Audioguides, den man sich übers Smartphone herunterladen kann. Begrüßt wird man mit der Information, dass heutzutage Verschwörungstheorien und Antisemitismus wieder an Popularität gewinnen, und dass hier gezeigt wird, was wirklich passiert ist.

Das Museum beherbergt eine umfangreiche Dauerausstellung, zuerst führt der Museumsgang die Besucherin aber durch die temporäre Ausstellung „The Holocaust: What Hate Can Do“ (Der Holocaust: Was Hass tun kann. Stand September 2023). Eine kurze Darstellung der jüdischen Diaspora um 1930 wird mit dem Satz „Many of these Jews were murdered“ (Viele dieser JüdInnen wurden ermordet) beendet. Die Ausstellung führt danach in einen Raum mit Fokus auf April 1943 als Beispiel für die jüdische Situation, mit Beschreibungen des Aufstands im Warschauer Ghetto und, zeitgleich auf der anderen Seite der Welt, der Bermuda-Konferenz, bei der der US-Kongress diskutierte, was als Antwort auf den Mord von JüdInnen getan werden sollte. Obwohl vieles in dieser temporären Ausstellung erst verständlich wird, nachdem man den Audioguide verwendet, wird deutlich, dass jüdische Geschichte von und durch Überlebende erzählt wird und nicht über passive Opfer.

Diese Perspektive, die sich nur selten in österreichischen/europäischen Museen findet, zieht sich durch die Dauerausstellung und macht einen Museumsbesuch auch für Personen mit weitreichendem Wissen über die Shoah interessant. In einem Davidstern-förmigen Raum werden mit Videos von Überlebenden unterschiedliche jüdische Bräuche ausgestellt, die über die reiche Kultur in den europäischen Gemeinden ihrer Kindheit erzählen. Hier wird eindrücklich der Verlust an Kultur und Gemeinschaft, den die Shoah verursacht hat, vermittelt.

Genauso Teil der jüdischen Geschichte ist die jahrtausendelange Verfolgung, der JüdInnen (fast) auf der ganzen Welt ausgesetzt waren. Eine Zeitachse zeigt antisemitische Geschehnisse von 1069 bis 1881, wie die Verbannung der JüdInnen aus England in 1290 oder 200 Jahre später aus Spanien, und zeigt damit, dass Antisemitismus im Europa der 1930er und 1940er Jahre kein historisch isoliertes Phänomen war. Zionismus und Sozialismus werden als Antwort auf wachsenden Antisemitismus im frühen 20. Jahrhundert in positivem Licht dargestellt, was interessant ist, wenn man den problematischen Umgang der USA mit dem Begriff „Sozialismus“ bedenkt.

Der Aufstieg der NSDAP in Deutschland wird kurz und akkurat bearbeitet, eingeleitet mit einem kurzen Statement, wieso sich das Museum dazu entscheidet, Nazi-Exponate zu zeigen; unter anderem Himmlers Ausgabe von „Mein Kampf“, von ihm kommentiert. Der volle Name Hitlers oder seine Biographie werden nicht erwähnt; Es ist deutlich, dass das Museum ein Gedenkort an Opfer und Überlebende ist, nicht an Täter.

Im zweiten Stockwerk wird man mit den Gräueln der Shoah konfrontiert, mit Ghettos, Killing Fields, KZ und Todesmärschen. Aber auch hier wird die Geschichte durch Überlebende erzählt; Videos, in denen Angehörige von Verlust erzählen, von Flucht, Widerstand, vom Überlebenskampf und der Befreiung. Es gibt kaum Fotos der Täter, und wenige Fotos von abgemagerten Häftlingen oder Leichenbergen, sondern gemalte Bilder, die während oder nach der Zeit in Gefangenschaft entstanden. Die Gestaltung liegt in der Hand der Überlebenden.

Die Dauerausstellung endet mit der Zeit nach der Befreiung, der Aufarbeitung in den Nürnberger Prozessen und der Gründung des Staates Israel, als „fulfillment of Jewish hope“ („Erfüllung der jüdischen Hoffnung“). Einen passenden Abschluss bietet eine temporäre Fotoausstellung mit Portraits von 75 Überlebenden, die heute in Israel wohnen. Unter jedem Portrait findet sich ein Satz der Überlebenden, den sie der Welt mitgeben möchten. Zwei Meinungen waren in den Aussagen vorherrschend. Die erste, dass so etwas wie die Shoah nie passieren hätte können, hätte es den Staat Israel damals schon gegeben; die zweite, dass wir Menschen einander mit Empathie und Güte begegnen sollen, damit so etwas nie wieder passiert. Und damit so etwas nie wieder passiert, dürfen wir niemals vergessen!

Antonia Netzl ■



Antonia Netzl



75 Jahre AvS

Als der SPD-Parteitag 1948 die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten“ (AvS) beschloss, stand dahinter nicht zuvorderst der Wille, den ehemaligen WiderstandskämpferInnen und Verfolgten in der Partei zu mehr Anerkennung und Durchsetzungsfähigkeit zu verhelfen. Es war die Angst vor Vereinnahmungsversuchen der zunehmend kommunistisch dominierten und - so der berechnete Verdacht - aus Ost-Berlin finanzierten Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), die die SPD-Parteiführung dazu veranlasste, einen Unvereinbarkeitsbeschluss zwischen SPD- und VVN-Mitgliedschaft zu fassen und eine parteieigene Verfolgtenorganisation aus der Taufe zu heben. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Mehrzahl ehemals verfolgter SPD-Mitglieder in der VVN organisiert - und dem wollte die Partei nun einen Riegel vorschieben.

Die AvS sollte die ehemals Verfolgten bei ihren Anträgen auf Entschädigungsleistungen unterstützen, letztlich diente sie aus Sicht der Parteiführung aber auch dazu,

die Spezialinteressen ihrer eigenen Verfolgten innerparteilich einzuhängen. Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher hatte mit dem öffentlichen Beschweigen seiner langjährigen KZ-Haft vorgemacht, was bald zum ungeschriebenen Ethos innerhalb seiner Partei werden sollte: Die persönlichen Widerstands- und Verfolgungserfahrungen hob man möglichst nicht hervor, denn davon brauchte sich die SPD in der postnationalsozialistischen Nachkriegsgesellschaft keine Stimmenzuwächse zu erhoffen.

In einstigen Zentren des Widerstands wie dem Rhein-Ruhr-Gebiet konnte sich die AvS recht schnell etablieren, in anderen Gegenden aber verlief der Aufbauprozess sehr zäh. Zahllose Parteimitglieder mussten wiederholt daran erinnert werden, auf eine Zusammenarbeit mit der VVN zu verzichten: 1949 gehörten ihr immer noch rund 17.000 SozialdemokratInnen an. Viele fühlten sich von der VVN besser vertreten, und so gab es zahlreiche Proteste gegen den Unvereinbarkeitsbeschluss und die nur schlecht anlaufende Arbeit der AvS.

Nach Inkrafttreten des Bundesentschädigungsgesetzes von 1953 gewann die AvS an Bedeutung und an Ansehen unter den Verfolgten in der SPD: Zehntausende von AntragstellerInnen beriet sie jährlich in ihren komplizierten und langwierigen Entschädigungsverfahren. Zwar bot die AvS den Verfolgten einen Raum zur Pflege ihres Traditionsbewusstseins, zu einer einflussreichen Interessenvertretung konnte sich die AvS aber nicht entwickeln. Nachdem die Kernphase der Entschädigungsverfahren in den späten sechziger Jahren abgeschlossen war, versank die AvS in der Bedeutungslosigkeit - nicht zuletzt durch interne Querelen und Streitigkeiten. In der SPD ging das Interesse an den Anliegen der Verfolgten generationsbedingt zurück, und die Betroffenen selbst - vorwiegend zwischen 1900 und 1910 geboren - kamen nun ins Rentenalter.

Nach langem Drängen der Verfolgten sagte Willy Brandt Ende der siebziger Jahre seine Unterstützung für eine Wiederbelebung der AvS zu, die 1979 mit einer großen Konferenz in München zelebriert

wurde. Die späte Reaktivierung war auch durch einen Motivationschub von außen zu erklären: Die Ausstrahlung der TV-Serie „Holo-caust“ hatte eine Welle des öffentlichen Interesses an den Schicksalen der jüdischen Verfolgten und Überlebenden ausgelöst. Dieses Medienereignis übte eine katalytische Wirkung auf die AvS und ihre Mitglieder aus, die sich jetzt selbst als Zeitzeugen entdeckten. In der SPD stieß diese Entwicklung einen Prozess der Selbsthistorisierung und des wiedererwachten Interesses an der eigenen Widerstands- und Verfolgungsgeschichte an.

Durch den Boom der „Geschichte von unten“ fand die AvS in den achtziger Jahren zu neuem Selbstbewusstsein und mischte sich in zahlreiche geschichtspolitische Debatten der Ära Kohl ein. Dennoch konnte sich die AvS auch jetzt nicht mehr zu einer einflussreichen Akteurin im gedenk- und geschichtspolitischen Feld entwickeln. Das lag auch am fortgeschrittenen Alter ihrer Mitglieder und daran, dass viele neue Initiativen von einer sehr viel jüngeren Generation der Geschichtswerkstättenbewegung getragen wurden. Und ihnen ging es nun auch um ganz andere, über Jahrzehnte vernachlässigte Opfer- und Verfolgengruppen.

Dass die AvS Ende der neunziger Jahre begann, mit dem Arbeitskreis der in der SBZ/DDR verfolgten Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten, 2016 mit ihm fusionierte und sich zugleich für jüngere, selbst nicht verfolgte Mitglieder öffnete, war in Anbetracht der im Aussterben begriffenen Generation der NS-Verfolgten nur folgerichtig. Wichtig war aber auch die 2010 erfolgte Aufhebung des Unvereinbarkeitsbeschlusses zur VVN/BdA, die sich seit den siebziger Jahren schrittweise von ihrer stark kommunistischen Prägung gelöst hatte. Heute ist die AvS nur noch in einigen SPD-Landesverbänden aktiv - allen voran in Hamburg - und leistet dort aber weiterhin wichtige Erinnerungsarbeit.

Web-Tipp: www.avs.spd.de/

Kristina Meyer ■

Bernd Pfeiffenberger



Gerald Netzl mit Wolfgang Kopitsch und Holger Martens von der AvS (v. l.)

Aufregung im Nationalfonds für die Opfer des Nationalsozialismus

1995 wurde der Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus gegründet. Er erbringt Leistungen an NS-Opfer, insbesondere an Personen, die „keine oder eine völlig unzureichende Leistung erhielten, die in besonderer Weise der Hilfe bedürfen oder bei denen eine Unterstützung auf Grund ihrer Lebenssituation gerechtfertigt erscheint.“ Weiters fördert der Nationalfonds eine Reihe von Projekten für Überlebende im sozialen und sozialmedizinischen Bereich, sowie des Gedenkens und Erinnerns.

Oberstes Organ ist das aus 28 Personen bestehende Kuratorium. Den Vorsitz führt der Nationalratspräsident, seit 2017 ist das Wolfgang Sobotka, zu seinen Vorgängerinnen gehörten neben anderen Barbara Prammer und Doris Bures. Im Kuratorium sind u. a. Abgeordnete aller Parlamentsparteien, mehrere Bundesministerinnen und Bundesminister, der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde und schließlich die ARGE der NS-Opferverbände und Widerstandskämpfer/innen Österreichs vertreten.

In den bald 30 Jahren seiner Existenz wurde im Nationalfonds eine Sache besonders gepflegt: Die Suche und das Finden eines Konsenses aller Mitglieder. „Drüberfahren“ über andere kam - zum Glück - nicht vor. Dieser gute Weg wurde im Juni 2023 leider verlassen: Ohne mit den anderen

Parlamentsparteien, geschweige denn mit den Vertretern der Opfer und deren Nachfahren zu sprechen, verschickten die Abgeordneten Eva Blimlinger (GRÜNE) und Martin Engelberg (ÖVP) einen Vorschlag für eine umfassende Novelle des Nationalfondsgesetzes. Das entsprach weder der erinnerungspolitischen Tradition des Nationalfonds noch dem notwendigen Respekt gegenüber den Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern für Österreichs Freiheit!

Im Initiativ-Antrag war von der Präventionsarbeit gegen Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und Homophobie die Rede. Diese Beschränkung war nicht nachvollziehbar, wir fürchteten, dass die Opfer des politischen Widerstands marginalisiert würden. Die ARGE legte Protest ein, wir trafen Präsident Sobotka und Frau Abgeordnete Blimlinger. Unser Protest wurde gehört, dem Antrag die „Giftzähne“ gezogen. Es bleiben Punkte, die wir als nicht sinnvoll erachten (u. a. Einführung eines zweiten Geschäftsführers) bzw. die anderswo besser aufgehoben sind (u. a. Finanzierung von Gedenkdienern und Jugendaustausch), doch werden diese vermutlich mit parlamentarischer Mehrheit beschlossen werden.

Gerald Netzl ■

Ein letztes Freundschaft!

Mit großer Trauer müssen wir den Tod des Ehrenvorsitzenden unserer Bezirksgruppe Döbling/Währing Leo Hofmann bekanntgeben.

Leo widmete sein Leben den Idealen unserer Bewegung und war ab März 1953 in unterschiedlichsten Funktionen für die Sozialdemokratie tätig. Besonders die FreiheitskämpferInnen waren ihm ein Anliegen, und so war er viele Jahre Vorsitzender der Bezirksorganisation und Mitglied des Landesvorstands.

Er selbst musste noch persönlich die Repressionen des Nationalsozialismus und den Schrecken dieser Jahre ertragen. Das Erlebte prägte seinen überzeugten Antifaschismus und seinen Kampf für eine gerechtere Welt. Sein Charakter und persönlicher Einsatz für unsere Bewegung wird uns immer Vorbild sein!

Leo, wir werden dir ein ehrendes Andenken bewahren!

Christian Ševčík ■



privat



Die Aufrüstung der Rechtsextremen

Seit Juli 2019 zählen und dokumentieren wir auf „Stopptdierechten“ die Waffenfunde bei Rechtsextremen. Aktuell halten wir bei 38 - es könnten aber auch einige mehr sein. Fall 37 ist der riesige Waffenfund Ende Juni 2023 im Umfeld von Leuten, die vor einigen Jahren noch ihre kriminellen Aktivitäten im Umfeld der Neonazi-Gruppe „Objekt 21“ abwickelten.

35 Langwaffen, Maschinengewehre und -pistolen, panzerbrechende Waffen, Granatwerfer, 100 Faustfeuerwaffen, Schalldämpfer, ca. 400 Signalwaffen, mehr als 1.000 Waffenteile zur Fertigung von mindestens 500 Schusswaffen sowie mehr als 10.000 Schuss Munition wurden bei Hausdurchsuchungen sichergestellt. Dazu kamen 550 NS-Devotionalien, 600.000 Euro Bargeld und Suchtgift.

Der Waffendealer von Objekt 21

Obwohl dieser Waffenfund bei weitem nicht der größte in den letzten Jahren ist, lohnt es sich, ihn etwas näher zu betrachten. Fast alle Funde wurden in Liegenschaften eines Mannes sichergestellt, der bereits vor rund 10 Jahren als Waffenhändler für die Neonazis von Objekt 21 (O 21) fungierte. Vor seinem Bauernhaus in Niederösterreich, das ebenfalls erfolgreich durchsucht wurde, prangte eine vier Meter große Schwarze Sonne auf der Straße. Jahrelang! Das hat anscheinend niemanden gestört - genauso wenig wie seine Aktivitäten als Waffendealer.

Herr H. wurde zwar deswegen vor 10 Jahren durch die Aussagen einiger O 21-Neonazis belastet, wurde auch angeklagt, aber wegen der entlastenden Aussage des O 21-Chefs freigesprochen. Abgehandelt wurde der Prozess weitgehend ohne Öffentlichkeit, deshalb haben wir auch erst jetzt herausgefunden, dass Herr H., der nicht nur als Waffenhändler, sondern auch im Rotlichtbereich umtriebig ist, schon 2014, als er vor Gericht stand, als vielfach vorbestraft be-

schrieben wurde. Einschlägig: Wegen illegalem Waffenbesitz und Waffenhandel! Welchen kriminellen Schutzengel hatte der Mann, dass er seine kriminellen Geschäfte über Jahrzehnte weitgehend unbehelligt betreiben konnte?

Der Waffendealer der Neonazis

Es gäbe noch einiges zu berichten über ihn und die anderen Verdächtigen, die dem MC „Bandidos“ oder dem ehemaligen Objekt 21 (bzw. beiden) zugerechnet werden können. Aber wir sind schon beim nächsten Fall! Stichwort ist MC, also Motorradclub. Als sich ein Biker 2017 auf der Fahrt zu einer Biker-Hochzeit in NÖ schwer verletzte und bei ihm Nazi-Devotionalien gefunden wurden, wussten wir noch nicht, dass dieser blöde Zufall zur Anklage des wohl größten Waffendealers der Neonazis führen würde. 2018 musste sich nämlich Peter Binder, der schon in der VAPO des Gottfried Küssel in den 1990er Jahren mit Waffen und Sprengstoffen gedealt hatte, wegen NS-Wiederbetätigung vor dem Landesgericht Wiener Neustadt verantworten und kassierte dafür 2 ½ Jahre Haft. Kurz zuvor, nämlich im Jänner 2018 hatte ihn das Amtsgericht Passau wegen der Einfuhr von Waffen und Suchtmitteln zu 10 Monaten bedingt verurteilt. Den hyperaktiven Binder hielt das nicht ab, aus der folgenden Haft bzw. dem Freigang heraus weiter mit Waffen und Suchtmitteln zu handeln. Als der damalige Innenminister Nehammer Ende 2020 an die Öffentlichkeit trat, sprach er - sichtlich beeindruckt - von einem der größten Waffenfunde der Nachkriegszeit in der Neonazi-Szene. Dabei waren damals noch gar nicht alle Waffenverstecke des Peter Binder gefunden worden! Die „Miliz der Anständigen“, die nach den ersten Erklärungen mit den Waffen ausgerüstet werden sollte, verschwand allerdings in der Folge aus den Ermittlungen und auch aus der Anklage gegen Binder. Der



Speedy von Stein

Besorgnis erregende Waffenfunde in der rechtsextremen Szene

kassierte zwar 2022 kräftige Haftstrafen (zunächst 7 ½ Jahre, dann weitere 3 ½ Jahre wegen Wiederbetätigung), aber schon das deutlich rechtsextreme Ehepaar aus NÖ, bei dem im Herbst 2021 ebenfalls eine riesige Menge an Waffen und Sprengstoffen gefunden wurde und offensichtlich mit Binder und anderen Neonazis in Verbindung stand, kam mit bedingten Haftstrafen davon.

Die SS-Kampfgemeinschaft Prinz Eugen

Da fällt mir doch dazu noch die unglaubliche Geschichte der „SS Kampfgemeinschaft Prinz Eugen“ ein, die 2002 aufgefliegen war. Damals war Ernst Strasser (ÖVP) Innenminister und sprach von dem größten Waffenfund bei Neonazis in der Zweiten Republik und einer sehr gefährlichen Gruppe. Sehr rasch verschwanden die Ermittlungen aus der Öffentlichkeit. Zehn Jahre später habe ich dazu parlamentarische Anfragen an Justiz- und Innenministerium gerichtet. Das niederschmetternde Resultat: NS-Wiederbetätigung, staatsfeindliche Verbindung (§ 246 StGB), bewaffnete Verbindung (§ 279 StGB) und das Ansammeln von Kampfmitteln (§ 280 StGB) sind wegermittelt worden, geblieben sind bei vier Personen Geldstrafen wegen Vergehen gegen das Waffengesetz durch das Bezirksgericht!

Mein Resümee

Die zahlreichen Waffenfunde im rechtsextremen und Neonazi-Milieu werden nach wie vor - trotz der Unmengen an Waffen und Sprengstoffen, die dabei sichergestellt werden - verharmlost, die Täter als „Waffennarren“ dargestellt, die politischen Zusammenhänge und Netzwerke kaum verhandelt. Dabei ist aus zahlreichen Dokumenten ersichtlich, dass sich diverse rechtsextreme und neonazistische Gruppierungen mit Waffen für den „Tag X“ vorbereiten, also für den Tag, an dem sie mit der Demokratie abrechnen wollen. Dazu kommen noch die vermeintlich „einsamen Wölfe“, die scheinbar aus dem Nichts heraus rechtsextreme Terrorattacken durchführen und sich dabei oft jener Waffen bedienen, die in der Szene kursieren. Höchste Zeit für Wachsamkeit!

Web-Tipp:
www.stopptdierechten.at

Karl Öllinger,
Redakteur Stopptdierechten,
Abg. z. NR a. D. ■

Die Österreichische Exilbibliothek stellt sich vor

Die Arbeit gegen das Vergessen und das Verdrängen ist seit 30 Jahren unverzichtbare zentrale Aufgabe der Österreichischen Exilbibliothek. Die im Literaturhaus Wien beheimatete Einrichtung ist Archiv, Bibliothek, Veranstalterin und Vermittlerin.

Gründung

1992 konzipierten die Germanistin Ursula Seeber, seit 1984 Mitarbeiterin der Dokumentationsstelle für neuere österreichische Literatur (DST), und die Fotografin Alisa Douer die Ausstellung „Die Zeit gibt die Bilder. Schriftsteller, die Österreich zur Heimat hatten.“ Diese Schau war die erste umfassende Porträt-Ausstellung zu diesem Thema in Österreich und präsentierte großformatige Fotos von SchriftstellerInnen aus aller Welt, darunter sehr bekannte, aber auch viele in Vergessenheit geratene. In der Eröffnungsrede regte der Germanist Klaus Amann an, im Literaturhaus Wien eine „Bibliothek des österreichischen Exils“ aufzubauen, wie sie mit dem Deutschen Exilarchiv an der Deutschen Nationalbibliothek schon seit Jahrzehnten bestand. Er wurde daraufhin vom damaligen Bundesminister für Unterricht und Kunst Rudolf Scholten, der die Ausstellung eröffnete, beauftragt, ein Konzept für eine solche Einrichtung zu erstellen. Bereits ein halbes Jahr später wurde die Österreichische Exilbibliothek als Abteilung innerhalb der DST gegründet, um Leben und Arbeit österreichischer Kulturschaffender in Exil und Emigration seit 1933/38 zu dokumentieren.

Archiv und Vermittlerin

In den vergangenen 30 Jahren entwickelte sich die ÖEB zur größten Spezialbibliothek zum künstlerischen Exil in Österreich - mit über 9.000 Bänden Fachliteratur (darunter seltene Erstausgaben und Exilzeitschriften), einer mehr als 7.000 Personen umfassenden bio-bibliografischen Datenbank sowie einer umfangreichen Foto-, Audio- und Videosammlung. Die ÖEB beherbergt nicht nur klassisches Archivgut - Manuskripte, Lebensdokumente und Briefe - zu über 150 Personen, sondern auch Dinge wie Gemälde, Hüte und Spielzeug. Mit diesen Objekten werden zugleich auch Lebensgeschichten bewahrt - von Menschen unterschiedlichster Professionen, die in verschiedene Länder flohen, darunter England, USA, Palästina, Mexiko, Bolivien, China, Marokko, Schweden und Indien. Neben den Aufgaben des Sammelns und Dokumentierens erfüllt die ÖEB auch die Rolle einer sehr aktiven Vermittlerin: sei es für Studierende, ForscherInnen, JournalistInnen oder andere Interessierte. Zu den vielfältigen Angeboten gehören Veranstaltungen, Ausstellungen, Publikationen oder Workshops und Führungen für SchülerInnen und Studierende. Die Begegnung mit den Menschen, die ins Exil getrieben wurden, und mit deren Familien und Nachkommen war von Anfang an eine zentrale Aufgabe der ÖEB. Für sie ist die ÖEB auch eine Anlaufstelle, was im Kontext von NS-Verfolgung und Vertreibung nicht nur praktische Hilfestellung bei Amtswegen und lokalen Recherchen bedeutet, sondern auch vertrauensvolle Anteilnahme an den Schicksalen der Vertriebenen. Das erfordert einen respektvollen Umgang mit den Brüchen, Verletzungen und Zumutungen eines Lebens im Exil und ein Wissen um die Schwierigkeit, die der Kontakt mit den Menschen und Institutionen jenes Landes mit sich bringt, aus dem sie einst vertrieben wurden.



Am Cover des Katalogs: Intervention von Ann Cotten, Mario Schlagler & Nele Hazod an der Fassade von 7, Hermannsgasse 17 als Beitrag zur Jubiläumsausstellung

Jubiläumsausstellung

Anlässlich des 30jährigen Jubiläums ist noch bis 1. Februar 2024 die Ausstellung „Die Erinnerung wohnt in allen Dingen“ im Literaturhaus Wien zu sehen. Im Sinne eines lebendigen Erinnerns hat die ÖEB 30 Personen aus ihrem Umfeld - ExilantInnen, Nachkommen, SchriftstellerInnen, KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen - in ihr Archiv eingeladen, ein „Ding“ auszuwählen, das zu ihnen spricht und einen Beitrag dazu zu gestalten. Die Bandbreite der ausgewählten Objekte reicht von Manuskripten, Briefen, Alben, Schallplatten und Zeichnungen bis zu einem roten Damenhut, einer silbernen Blume oder einer Schreibmaschine mit dem eingespannten Blatt eines unvollendet gebliebenen Textes. Die 30 entstandenen Beiträge - darunter wissenschaftliche aber auch literarische Texte, Zeichnungen und Videos, sogar ein Lied und ein Graffiti - zeigen nur einen kleinen Ausschnitt der Geschichten, die in der Österreichischen Exilbibliothek bewahrt werden und die darauf warten, erzählt und weiter erzählt zu werden - denn es wohnen noch viele Erinnerungen in den Dingen.

Die Österreichische Exilbibliothek in der Seidengasse 13 ist allen Interessierten von Montag bis Donnerstag in der Zeit von 9 bis 17 Uhr frei zugänglich. Für die Benutzung der Archivbestände bitten wir um Voranmeldung unter exilbibliothek@literaturhaus.at

Veronika Zwerger ■



Die Arbeitsgemeinschaft Christentum und Sozialdemokratie

Wir konnten Matthias B. Lauer, den Bundesvorsitzenden der ACUS, für einen Artikel über mehr als 55 Jahre sozialdemokratische Politik aus christlicher Perspektive gewinnen. Gen. Lauer ist Mitglied unseres Bundes und Träger der Rosa-Jochmann-Plakette.

In dieser Ausgabe des „Kämpfers“ erscheint eine Besprechung der Werkedition von Otto Bauer, dem sogenannten „kleinen Otto Bauer“, der in der Ersten Republik die bestimmende Gestalt des Bundes religiöser Sozialisten (BRS) in der österreichischen Sozialdemokratie war. Der aus der katholischen Arbeiter:innenbewegung hervorgegangene BRS bemühte sich um eine christliche Präsenz innerhalb der SDAP und eine Sammlung von deklariert sozialistischen Gläubigen in der Römisch-Katholischen Kirche und wollte so der Überwindung der Kluft zwischen der Partei und kirchlich geprägten Kreisen dienen. Im aufziehenden Ständestaat gehörte er zu den ersten verbotenen sozialdemokratischen Organisationen.

Nach dem 2. Weltkrieg wurde seine Tradition anfangs vom Arbeitskreis katholischer Sozialisten fortgeführt, bis es 1967 zur Gründung der bis heute bestehenden Arbeitsgemeinschaft Christentum und Sozialdemokratie (ACUS) kam. Mit der Namensänderung war besonders beabsichtigt, den überkonfessionellen Charakter der Organisation zu verdeutlichen und sie als ein Forum des Dialogs zwischen Kirchen und Sozialdemokratie zu positionieren. Namen wie Herbert Salcher, Lothar Müller, Katharina Pfeffer und auch Charly Blecha stehen für diesen neu organisierten Kreis. Heute versteht sich die ACUS als Initiative, die aus gleichermaßen christlicher wie sozialistischer Gesinnung heraus um Engagement in der SPÖ wirbt und zugleich den Weg der Partei und der Kirchen aus ihrer Grundhaltung her wo nötig kritisch begleitet. Gegenwärtig besonders bekannt dürfte aus den Reihen der Gesinnungsgemeinschaft Kaplan Franz Sieder sein, der als Veranstalter, Autor und Sprecher in kirchlichen und politischen Kreisen über die Grenzen der ACUS hinaus engagiert ist.



ACUS-Bundesvorsitzender Matthias Lauer (l.) und der Wiener ACUS-Vertreter Michael Glanz

Aktuell bestehen örtliche Initiativen und Kontakte der ACUS in mehreren Bundesländern, wobei besonders in Vorarlberg und Niederösterreich mit thematischen Veranstaltungen an die Öffentlichkeit getreten wird. Etwa alle zwei Jahre findet ein Bundesseminar zu aktuellen und grundsätzlichen Fragen aus politischer, zivilgesellschaftlicher und theologischer Sicht statt. Schwerpunkte der inhaltlichen Arbeit sind schon seit Jahren der Einsatz für die Rechte von Geflüchteten und sozial Schlechtgestellten, das Einsetzen für eine aktive Friedens- und Neutralitätspolitik und die Klimafrage. Die ACUS ist auf internationaler Ebene Mitglied der Internationalen Liga Religiöser Sozialist:innen (ILRS), die besonders in den skandinavischen Ländern traditionell über starke Sektionen in den sozialdemokratischen Parteien verfügt. Mit der aus einem Antrag der ACUS hervorgegangen Reform des Privatkonkurses von 2017 konnte die Organisation auch als über die Jahre kleiner gewordener Kreis Einfluss auf die Politik der SPÖ und die Sozialpolitik in Österreich nehmen - aus christlichem Gewissen und aus sozialer wie sozialdemokratischer Überzeugung heraus. Aktuelle Infos gibt es auf der Facebook-Seite der ACUS.

Radio als strategisches Propagandainstrument

Als das Radio vor 100 Jahren erfunden wurde, veränderte es die Gesellschaft und den Alltag der Menschen grundlegend. Über Jahrzehnte hinweg war es die aktuellste Nachrichtenquelle und das einzige Live-Nachrichten-Medium. Das Radio konnte nicht nur im privaten Raum, also zu Hause, empfangen werden, es überwand vor allem auch Staatsgrenzen. Das beunruhigte die Staatsmacht, die das neue Medium unter Kontrolle stellen wollte. Der Band „Hearing is Believing: Radio(-Programme) als strategisches Propagandainstrument“ zeigt wie das Radio in unterschiedlichen politischen Systemen (von der Zwischenkriegszeit bis zum Kalten Krieg) als Informations- und Propagandamittel genutzt wurde. Die Bevölkerung wurde beeinflusst und instruiert, spezifische Methoden kamen zum Einsatz, um Emotionen auszulösen und die HörerInnen zu Handlungen zu motivieren. Wir erfahren etwa, wie NS-Deutschland über den Sender Concordia gezielt antisemitische Hetzpropaganda und Falschinformationen im arabischen Raum verbreitete und zur „Vernichtung der Juden“ aufrief. Beleuchtet wird aber auch, warum die Bevölkerung trotz drohender harter Strafen im Verlauf des Zweiten Weltkriegs vermehrt „Feindsender“ hörte und warum das Verbreiten von Gerüchten einerseits verfolgt, andererseits von den NS-Behörden auch bewusst geduldet wurde.

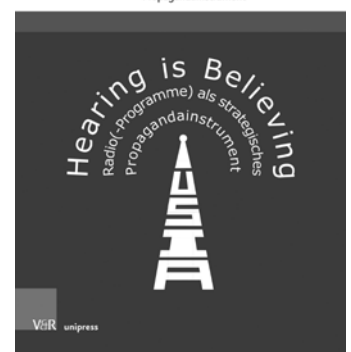
Wie wurde nach 1945 der Kalte Krieg der Emotionen über das Radio ausgetragen? Welche Rolle spielten die Redakteure des RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor von Berlin) im Zuge des Volksaufstands in der DDR 1953? Wie wurden ExilantInnen während und nach dem Krieg zu wichtigen ExponentInnen der US-amerikanischen Radio-Programmschienen? Welche Versuche unternahmen die Alliierten, um über die Musik neue kulturelle Begegnungszonen zur deutschen und österreichischen Bevölkerung zu schaffen? Aufgeworfen wird aber auch die Frage, ob sich die Medienlogik des Radios mit dem Internet vergleichen lässt, wobei Strategien der rechtsextremen Identitären Bewegung von heute in den Fokus genommen werden. Das und noch manches mehr ist in diesem Band nachzulesen.

Anton Bergauer ■

Karin Moser (Hg.)

Hearing is Believing

Radio(-Programme) als strategisches Propagandainstrument



Karin Moser (Hg.): **Hearing is Believing: Radio(-Programme) als strategisches Propagandainstrument**, V & R unipress, Göttingen 2023, ISBN: 978-3-8471-1306-5, 264 Seiten, € 45,00



Der andere Otto Bauer

Die Schriften von und über den „kleinen“ Otto Bauer (1897-1986) ergänzen die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, indem sie den Bund Religiöser Sozialisten (BRS) fokussieren. Der erste Band der Edition enthält über hundert Beiträge, die Bauer zwischen 1927 und 1934 im „Menschheitskämpfer“ (MK), der Zeitschrift des BRS veröffentlichte. Schwerpunkte bilden der antifaschistische Widerstand, das Verhältnis zwischen Sozialismus und Christentum sowie das Überwinden des Kapitalismus. Im zweiten Band zeugen frühe Texte davon, wie sich der BRS konstituierte; spätere Texte reflektieren das sozialistische Engagement retrospektiv. Im dritten Band, der gerade vorbereitet wird, diskutiert Bauer philosophische Grundfragen anhand apokalyptischer Gefahren. Otto Bauer begründete 1926 den BRS mit. Dies im Rahmen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP). Bauer verantwortete die Zeitschrift „Menschheitskämpfer“, die das austrofaschistische Regime bereits 1933 verbot. Ebenso den BRS und am 12. Februar 1934 die SDAP.

Bauer agierte nun illegal für die Revolutionären Sozialisten. Er kooperierte mit der Religiös-sozialen Vereinigung der Schweiz und publizierte in deren Zeitschrift „Neue Wege“. Bauers sechsköpfige Familie floh über Zürich (1938) und Frankreich in die USA (1940). Hier angekommen, verließ Bauer die Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten (AVOES). Er warf ihr vor, den „individuellen Nutzen des kleinen Mannes zu kapitalisieren“. Bis 1968 in einer sozialpolitischen Bibliothek tätig, konzentrierte sich Bauer nunmehr auf ethische Fragen.

Mit einem „Schrei an euer Gewissen“ beginnt der erste Band. So titelte Otto Bauer im Oktober 1926 ein Flugblatt (Bd. 1, S. 8). Es markiert das Entstehen des BRS und bezichtigte „Vertreter des Christentums“, die Korruption und Börsenspekulation zu decken. Mit dem Schweizer Theologen Leonhard Ragaz kritisierte Bauer auch „christliche Kooperationen mit dem Nationalsozialismus“. Beide wollten indes „den tieferen Sinn der faschistischen Bewegung“ nicht verkennen. Sie attestierten ihr sogar - irritierend - „eine heilsame Reaktion“ zu sein, postulierten aber, der BRS müsse sich diesem irrigen Weg entschieden entgegenstellen (MK, Dezember 1930, Bd. 1, S. 275). Der erste Band erhellt weiter, wie Bauer zwischen Christlicher Soziallehre und Sozialismus vermittelte. 1931 deklarierte die päpstliche Sozialenzyklika „Quadragesimo anno“, ein guter Katholik könne nicht Sozialist sein. Bauer machte dann geltend, damit sei kein humaner Sozialismus gemeint (MK, März 1932, Bd. 1, S. 416). Zudem erfordere Subsidiarität unabdingbar Solidarität. Bauer wollte den Kapitalismus überwinden (MK, Jänner 1927, Bd. 1, S. 14). Zumal das profitorientierte Wirtschaften die menschliche Kultur zerstöre und zu Krieg führe (MK, September 1931, Bd. 1, S. 357). Sozialistischer Pazifismus müsse hingegen Kriege ächten, konsequent abrüsten und alle Keimzellen militärischen Geistes beseitigen. Was ein solidarisches Gemeinwesen jenseits von Kapitalismus kennzeichnet, skizziert das Berndorfer Programm des BRS (1930).

Der zweite Band der Schriften Bauers beginnt damit und postuliert, Wirtschaft und Gesellschaft radikal zu demokratisieren, das Eigentum an Produktionsmitteln zu regulieren und Genossenschaften zu fördern. Hinzu kommen im zweiten Band bisher unveröffentlichte Aufzeichnungen, in denen Bauer seine Jahre im Untergrund erinnert, die Flucht ins Exil bilanziert und die gängige Abkehr vom humanen Sozialismus betrauert, dem er selbst verbunden blieb. Bauer präzisiert hier auch, wie Religion und Politik emanzipiert kooperieren und soziale Klassen ihre unvermeidbaren Konflikte möglichst gewaltfrei austragen könnten. Ebenfalls gut fundiert sind die vielfältigen editorischen Notizen. Der „kleine“ Otto Bauer unterscheidet sich vom austromarxistischen Namensvetter, der 1918/19 Außenminister der jungen Republik war und 1938 in Paris, auf der Flucht vor dem NS-Regime, einem Infarkt erlag. 1968er-Debatten würdigten die beiden Bauer. Aber bald interessierte die kapitalistische Kompatibilität wieder mehr denn die sozialistische Solidarität.

Band 3: Stammbuch - Geistliches Tagebuch erscheint im Dezember 2023, 2024 ist die Gesamtausgabe (= 3 Bände im Schubert) erhältlich.

Ueli Mäder (Erstveröffentlichung in den MITTEILUNGEN der Alfred Klahr Gesellschaft 2/2023)



Josef Giefing, Wolfgang Palaver und Cornelius Zehetner (Hg.): Otto Bauer. Ausgewählte Schriften. Band 1: Menschheitskämpfer, Zeuys Books, Neuhofen 2021, ISBN 978-3-903893-06-1, 612 Seiten, € 49,00, Band 2: Der politische Kampf der religiösen Sozialisten Österreichs, Zeuys Books, Neuhofen 2022, ISBN 978-3-903893-12-2, 534 Seiten, € 49,00



Rechte Netzwerke

Mit der Ausschaltung des Nationalrats begann im März 1933 die Zerstörung der Ersten Republik. Die so beginnende Umwandlung Österreichs in einen autoritären Staat mit faschistischem Zuschnitt kam keineswegs plötzlich oder verlief schleichend. Schrittweise, stets unter dem Anschein der Legalität, schaltete die Regierung Dollfuß zwischen März 1933 und Februar 1934 mittels Notverordnungen und unter permanentem Verfassungsbruch die Einrichtungen der Demokratie aus (vgl. „Kämpfer“ 3/2023 Seite 18). Die Grundlagen der demokratischen Republik, Parlamentarismus, Sozialstaat, Grund- und Freiheitsrechte, die Verfassung wurden Zug um Zug zerstört, und schließlich auch das Rote Wien ausgehebelt. Antidemokratische Netzwerke, eskalierende Wehrverbände, schwere wirtschaftliche Verwerfungen und schwache Institutionen erleichterten die Beseitigung der Demokratie im Österreich der Zwischenkriegszeit.

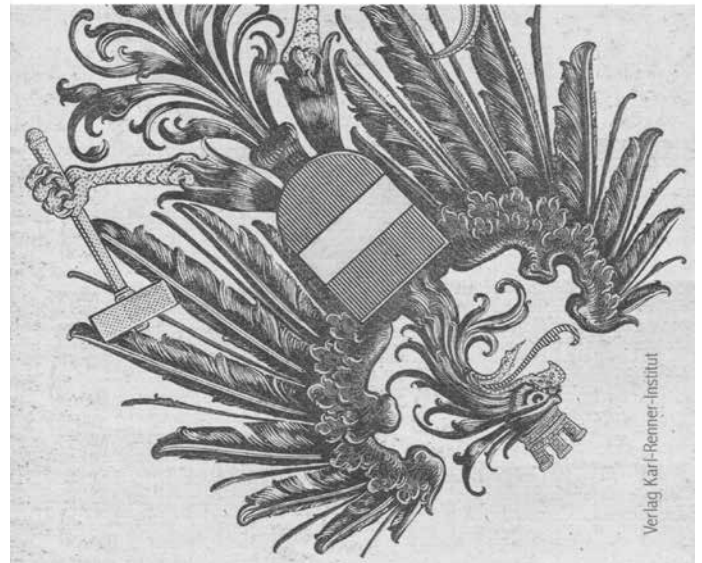
2021 veranstalteten das Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien und das Karl-Renner-Institut eine Tagung zu diesem Thema. Dabei wurde die Rolle informeller Strukturen in der österreichischen Zwischenkriegszeit analysiert. Verdeckte Machtstrukturen prägten Österreich in der Ersten Republik. „Deutscher Klub“, „Deutsche Gemeinschaft“, Burschenschaften, Cartell-Verband und „Bärenhöhle“ waren Foren außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung und gerade dadurch Umschlagplätze für rechte Ideen. Männer der akademischen bzw. politischen Elite schufen sich somit für die Durchsetzung eigener Interessen und den Austausch antideмократischer und antisemitischer Inhalte weitreichende Netzwerke. Diese dienten auch der Zusammenarbeit von Christlichsozialen, Deutschnationalen und Nationalsozialisten.

In vierzehn Beiträgen werden Einblicke in die politische Radikalisierung Österreichs gewährt. Eine zentrale Rolle spielte dabei als einigende weltanschauliche Klammer der Antisemitismus. „Juden = Kapitalisten = Sozialdemokraten/Kommunisten = Ausbeuter“ lautete die simple Parole. Damals wie heute waren Zukunftsängste der wichtigste Nährboden für faschistische und autoritäre Strömungen und Parteien. Fazit: Das wohlfeile Buch (€ 14,90) ist lesenswert, allerdings kommt es zu inhaltlichen Wiederholungen. Unangenehm ist ein Fehler auf Seite 214, da wurden die Vornamen der Dollfuß-Mörder Otto Planetta und Franz Holzweber verwechselt.

LINDA ERKER | MICHAEL ROSECKER (HG.)

Antisemitische und rechte Netzwerke in der Zwischenkriegszeit

Zur Bedeutung informeller Machtstrukturen für die politische Radikalisierung in Österreich



Linda Erker, Michael Rosecker (Hrsg.): Antisemitische und rechte Netzwerke in der Zwischenkriegszeit, Verlag Karl-Renner-Institut, Wien 2023, ISBN 978-3-85464-045-5, 327 Seiten, € 14,90

Mittel- und Osteuropa in der Zwischenkriegszeit

Die 1920er und 1930er Jahre in Europa waren geprägt durch Widersprüche und Ambivalenzen, gesellschaftliche Aufbrüche, wirtschaftliche Krisen und Einbrüche sowie den damit verbundenen sozialen und politischen Konflikten. Durch die Aufarbeitung der Faszisierung mit dem Schwerpunkt auf Süd- und Osteuropa und einem besonderen Akzent auf die österreichische Entwicklung widmet sich dieses Buch anhand von 12 Studien den Krisen der Demokratie in der Zwischenkriegszeit.

Jeweils ein Beitrag ist Spanien, Portugal, Italien, Jugoslawien, Ukraine, Ungarn, Rumänien und Polen gewidmet. Zu Österreich gibt es vier Artikel: Einmal wird die Bundesverfassung mit jener der Weimarer Republik verglichen, weiters werden das Verhältnis von Staat und Religion verglichen und Politischer Katholizismus und Christlichsoziale Partei sowie Legitimationsmuster des Austrofaschismus analysiert. Die einzelnen Beiträge sind teilweise sehr gut und sehr interessant (Portugal, Ungarn, Helmut Wohn-

out über die Christlichsoziale Partei), teilweise schwach (Spanien, Polen), das hängt aber auch vom individuellen Wissensstand zum jeweiligen Land ab. In Summe ist das Buch kompakt und gut lesbar, schmerzlich vermisst man Landkarten und Tabellen, Illustrationen hätten ihm gutgetan. Unangenehm ist ein Namensfehler auf Seite 210, der steirische Putschist Walter Pfriemer heißt hier „Pfriemer“.

Gerald Netzl ■

MICHAELA MAIER, MARIA MESNER, ROBERT KRIECHBAUMER, JOHANNES SCHÖNNER (HG.)

Die Krisen der Demokratie in den 1920er und 1930er Jahren

SPANIEN – PORTUGAL – ITALIEN – JUGOSLAWIEN – UKRAINE – UNGARN – RUMÄNIEN – POLEN – ÖSTERREICH



Michaela Maier (Hg.), Maria Mesner (Hg.), Robert Kriechbaumer (Hg.), Johannes Schöner (Hg.): Die Krisen der Demokratie in den 1920er und 1930er Jahren, Böhlau, Wien 2023, ISBN 978-3-205-21858-6, 232 Seiten, € 40,00

Antifa

Die Antifa polarisiert. Für die einen leistet sie einen wichtigen Beitrag gegen Rechtsextremismus, für andere ist sie aufgrund ihrer Infragestellung des staatlichen Gewaltmonopols eine Gefährdung der Demokratie von links. Was sind die zentralen Kennzeichen dieser linksradikalen Bewegung? Richard Rohrmoser zeichnet in seinem im Vorjahr erschienenen Buch die historische Entwicklung der vielschichtigen antifaschistischen Bewegung seit ihren Anfängen nach und skizziert das Spannungsfeld zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und radikaler Gewaltbereitschaft, in dem sie sich heute befindet. Rohrmoser konzentriert sich in seinem kompakten Buch auf Deutschland.

Kapitel 1 behandelt den Entstehungskontext der 1932 gegründeten „Antifaschistischen Aktion“ in der Weimarer Republik, die Entstehung des Faschismus sowie die Jahre der Nazi-Diktatur. Danach stellt er antifaschistische Organisationen und Parteien in der Bundesrepublik, wie etwa die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), KPD und DKP, sowie den (maoistischen) Kommunistischen Bund vor. Da diese aus Sicht linksradikaler Strömungen dem Neonazismus zu wenig entgegengestellt hatten, bildeten sich ab den frühen 1980er Jahren Gruppen der „Autonomen Antifa“. Der Autor beleuchtet deren breites Spektrum ebenso wie die Situation in der DDR in diesem Zeitraum. Die 1990er Jahre waren geprägt von pogromartigen Gewaltausschreitungen nach der Wiedervereinigung. Als Reaktion darauf gab es bundesweite antifaschistische Vernetzungsversuche und neue antifaschistische Subgruppen (Antifasist Gençlik, Fantifa-Gruppen, Edelweißpiraten). Vor allem für ihre antifaschistische Aufklärungs-, Bildungs- und Gedenkstättenarbeit erhalten Antifa-Gruppen viel Zuspruch: durch ihre akribischen Chronologien und Dokumentationen sind sie über rechte Aktivitäten und Strukturen oftmals schneller im Bilde als die staatlichen Institutionen und besser informiert als die Medien. Interessant ist die Darstellung der Spaltung der linksradikalen Bewegung in den 2000er Jahren in die „Antideutschen“ und die „Antiimperialisten“. Fazit: Ein informatives, lesenswertes Buch, dessen Schwerpunkt auf der jüngeren Geschichte liegt.



Richard Rohrmoser: *Antifa. Porträt einer linksradikalen Bewegung. Von den 1920er Jahren bis heute*, C. H. Beck, München 2022, ISBN 978-3-406-76097-6, 208 Seiten, € 16,00



Mirja Keller, Moritz Krawinkel, Jan Schlemmermeyer, Lena Kögler: *Antifa. Geschichte und Organisation*, Schmetterling, Stuttgart 2013, ISBN 978-3-89657-696-5, 180 Seiten, € 12,40

Antifa

In dem Buch verfolgen die AutorInnen die Vorläufer, Theorien und Praktiken der linksradikalen AntifaschistInnen und erläutern konkret die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der gegenwärtigen Ausprägungen, wie „Antideutsche“, „Antinationale“ oder „Bewegungslinke“. Den LeserInnen bietet sich mit diesem Buch die Möglichkeit, Erkenntnisse über bereits erarbeitete und verworfene Theorien sowie Erfolge und Niederlagen der Praxis zu sammeln, was gerade für die moderne, sich im stetigen Wandel befindliche, radikale Antifa von großer Bedeutung ist. Das Buch hilft dabei, Wissen um die eigene Geschichte zu erlangen, damit das Rad nicht immer neu erfunden werden muss. Stattdessen können die LeserInnen die Entwicklung einer gesellschaftlich wirksamen, emanzipatorischen Bewegung vorantreiben. (Verlagstext)

Der Antifaschismus ist seit hundert Jahren eines der zentralen Aktionsfelder der politischen Linken, von sozialdemokratisch bis kommunistisch und anarchistisch. Das Buch richtet sich erkennbar auch gegen die „Geschichtsvergessenheit“ eines Teils der Linken. Dabei ist die Geschichte der Antifa auch immer eine Geschichte der Linken. Das Buch ist insgesamt vor allem ein sehr guter Abriss der antifaschistischen Geschichte Deutschlands (andere Länder werden leider nicht analysiert) und damit für alle an dieser Thematik Interessierten ein Lesetipp. Apropos Lesetipp: Das sehr breite Literaturverzeichnis umfasst acht Seiten. Noch immer gilt das Diktum von Max Horkheimer „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“

Gerald Netzl ■





rotbewegt.at

Geschichte lernen. Politik verstehen.

rot bewegt

Geschichte fassbar zu machen und daraus zu lernen ist ein Herzensprojekt der Sozialdemokratie. Engagierte RedakteurInnen und AutorInnen haben die Internetplattform rotbewegt.at reaktiviert und bringen sie in einem Work in Progress auf den Stand der Zeit. Gerald Demmel, Barbara Hofmann und Michael Rosecker möchten mit dem Kooperationsprojekt der SPÖ und des Karl-Renner-Instituts einen umfassenden Überblick zur Geschichte der Sozialdemokratie und somit zur Geschichte Österreichs vermitteln. Die Plattform erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und freut sich über Hinweise, Quellen, Bilder, Videomaterial usw. via Mail. Eines beweist rotbewegt.at auf jeden Fall: Dass Geschichte hilft, eigene Standpunkte klarer fassen zu können und die Politik der Gegenwart besser zu verstehen.

Die Website hat drei große Kapitel: Epochen, Biografien sowie ein Lexikon. Für uns ist von den Epochen natürlich „1933 - 1945: Austrofaschismus und Nationalsozialismus“ von besonderem Interesse! Im Kapitel kann man dann Biografien aus der Epoche, Artikel im eigenen Lexikon und Artikel in Wikipedia anklicken und so tiefer in die Materie eintauchen. Das ist wirklich gut gemacht. Am besten bald selbst anschauen!

Web-Tipp: www.rotbewegt.at

Gerald Netzl ■

Wir gratulieren: Oktober bis Dezember 2023

99. Geburtstag: Brainin Hugo, Wien, **98. Geburtstag:** Röttig Bibiane, Strau, **95. Geburtstag:** Strobl Kurt, Wien, **94. Geburtstag:** Henriquez Lopez Jose, Loidolt Inge, Wien, **93. Geburtstag:** Kremsner Hans, Pötsching, **92. Geburtstag:** Hauer Karl, Slabina Herta, Wien, **91. Geburtstag:** Trofer Othmar, Bad Fischau-Brunn, **90. Geburtstag:** Gatter Franz, Gablitz; Merschitzka Heinz, Linz; Praher Adelheid, St. Pölten; Baumann Rosa, Franzin Verita, Springer Elisabeth, Wien, **85. Geburtstag:** Wandl Josef, Brunn am Gebirge; Wies-Campagner Elisabeth, Ellange/LUXEMBURG; Papousek Walter, Graz; Messner Evelyn, Oberwart; Dobler Anna, Ranshofen; Bienenfeld Johann, Cilek Lucia, Fischer Heinz, Kalmus Karl, Miksanek Hubert, Zenk Ludwig, Wien, **80. Geburtstag:** Höpfl Dietmar, Axams; Dietl Helmut, Bad Vöslau; Glatz Klaus, Deutschfeistritz; Seidl Ernst, Frankenfels; Weberberger Reinhold, Hall In Tirol; Prieschl Klaus, Kapfenberg; Rieder Anna, Leoben; Kain Helga, Linz; Gerstorfer Kurt, Retz; Novak Richard, St. Pölten; Krammer Christine, Velm-Götzendorf; Csuvala Walter, Eremias Peter, Huber Rolf, Stuc Rita, Wagner Hans, Wien, **75. Geburtstag:** Ertler Karl, Baden; Praschl Peter, Berndorf; Huber Anni, Bruck a.d. Mur; Auer Friedrich, Graz; Mayerhofer Ingrid, Kirchstetten; Neck-Schaukowitsch Elisabeth, Klagenfurt; Mannhart Stefanie, Korneuburg; Enengl Eveline, Rakoczy Ursula, Helm Günter, Linz; Gelb Wilhelm, St. Pölten; Gangl Christa, Wattens; Hahn Heinz, Weidling; Dampier Karl, Frania Wolfgang, Glanz Michael, Kopietz Harry, Kurzmann Johanna, Lautner Annemarie, Schwarz Leopold, Stockner Karl, Wien; Endl Paul, Wörgl; Thaler Gustav, Würnitz

Ungarn am rechten Rand Europas einzementiert

Viktor Orbán hat Ungarn in den letzten 13 Jahren auf rechts gedreht. Seit dem Erreichen der Zweidrittelmehrheit bei den Wahlen im Jahr 2010 geht unser Nachbarland konsequent den Weg in die illiberale Demokratie. Allein ist Ungarn dort aber ganz und gar nicht - auch weil viele in Europa Orbán und seiner Politik nacheifern.

Als „hybrides System einer Wahldiktatur“ bezeichnete das EU-Parlament im vergangenen September das politische System Ungarns. Von einer echten Demokratie war das Land für die meisten Abgeordneten im EU-Parlament da schon zu weit entfernt. Wundern kann das niemanden, der die Nachrichten in den letzten Jahren verfolgt hat. Orbán hat die demokratischen Institutionen nach und nach ausgehöhlt. In der Kritik stand auch immer sein Umgang mit den Medien, die er in den letzten Jahren komplett unter seine Kontrolle gebracht hat. So bezeichnet auch das ZDF den öffentlich-rechtlichen Rundfunk Ungarns als „Staatspropagandasender“, in dem der Oppositionskandidat in vier Jahren ganze fünf Minuten zu Wort gekommen ist.

Aber nicht nur den Umgang mit den Medien dürfte Orbán aus Putins Playbook entnommen haben. Auch die Auswüchse der Vetternwirtschaft erinnern frappant an russische Verhältnisse. Vor diesem Hintergrund beschloss die EU - auch aus Sorge vor dem Versickern der Geldflüsse in Orbáns problematischen Netzwerken - die Auszahlung von Mitteln aus dem europäischen Gemeinschaftshaushalt einzufrieren. Zu einem moderateren Ton gegenüber der EU hat diese Maßnahme bei Orbán jedoch nicht geführt - im Gegenteil - angesichts der Vorgänge rund um Parlamentsvizepräsidentin Eva Kaili forderte Orbán gleich, dass das EU-Parlament aufgelöst werden müsse.

In diesem Spannungsfeld ist die Arbeit der politischen Opposition nicht einfach. Der ungarische EU-Abgeordnete Sándor Rónai (Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament) ist aber davon überzeugt, dass Ungarn die Kehrtwende noch schaffen kann: „Auch wenn es überraschend klingt - ich bin der Meinung, dass Ungarn tatsächlich noch kein rechtsextremes Land ist. Ungarn wurde jetzt 13 Jahre lang von einer Regierung in Geiselschaft gehalten, die von sich selbst behauptet rechts-konservativ zu sein und in Wahrheit einfach nur populistisch ist. Premierminister Orbán hat ein illiberales System aufgebaut, das auf einer im ganzen Land um sich greifenden Korruption aufbaut, bei der ein paar wenige superreich geworden sind, während die Mehrheit der Bevölkerung unter der hohen Inflation zu leiden hat.“

Erschwert wird die Arbeit der Opposition nicht zuletzt durch die Vereinnahmung der Medien, die Orbán zum System gemacht hat. „Das Medienimperium, das Orbán mit gestohlenen Milliarden - mehrheitlich von der EU - aufgebaut hat und das seine Propaganda hinausposaunt, hält das ganze Land in einem Lügengebilde fest“, so Rónai, der aber auch Grund zur Hoffnung sieht: „Trotz der Propaganda, der Hassreden und der verschwendeten Milliarden zeigen Umfragen, dass sich die Ungarinnen und Ungarn nach wie zur EU-Mitgliedschaft bekennen. Für mich, als Anhän-

ger der Idee von den Vereinigten Staaten von Europa, ist das ein ermutigendes Zeichen. Als Repräsentanten der Demokratischen Koalition und unserer europäischen Familie, der S&D, arbeiten wir für ein europäisches Ungarn, damit wir nach diesem Albtraum wieder auf den europäischen Weg zurückkehren und wieder zu einem echten Verbündeten und zu einem guten Beispiel für andere europäische Staaten werden können.“

EU muss demokratische Grundwerte effektiv verteidigen

„Ungarn hat sich nicht über Nacht in ein rechtspopulistisches Land verwandelt. Das war ein jahrelanger Prozess, in dem die demokratischen Institutionen immer weiter ausgehöhlt wurden“, erklärt der SPÖ-EU-Abgeordnete Günther Sidl, der bei solchen Entwicklungen auf ein engagierteres Eingreifen der EU drängt: „Die EU muss endlich ein Rezept gegen Orbán und Co. finden. Es kann nicht sein, dass die Populisten ganz Europa zum Narren halten können, ohne dass etwas passiert. Deshalb war es ein wichtiges Zeichen, dass die EU-Gelder eingefroren wurden. Die EU muss ihre Grundwerte effektiv verteidigen! Dazu gehören wirksame Sanktionsmechanismen genauso wie eine Politik, durch die die Menschen spüren, wie die EU für sie da ist. Denn nur so kann man Populisten wie Orbán wirklich den Wind aus den Segeln nehmen.“

Günther Sidl ■



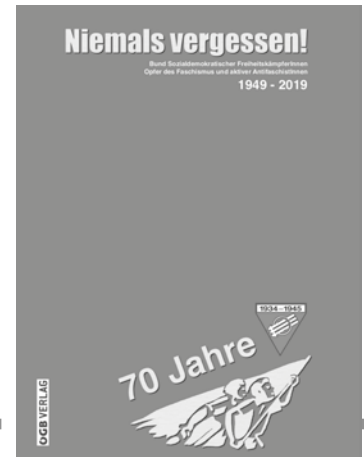
Günther Sidl mit Sándor Rónai



75 Jahre Sozialdemokratische FreiheitskämpferInnen

Anlässlich des 70 Jahr-Jubiläums unseres Bundes erschien 2019 das Buch „Niemals vergessen! - 70 Jahre Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen“. Das Buch ist im Handel erhältlich (€ 29,90). Seither sind viele Genossinnen und Genossen Mitglied unseres Bundes

geworden. Die Redaktion verlost unter interessierten Mitgliedern fünf Mal je ein Exemplar des Buches. Einfach bis 15. Jänner 2024 ein Mail an kaempfer@spoe.at mit dem Betreff „Buch Niemals vergessen!“ und seinem Namen und Adresse schreiben.



Die Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen
Niederösterreich
laden
anlässlich 90 Jahre Februar 1934
zur Kundgebung
beim Mahnmal Wöllersdorf
am Samstag, 10. Februar 2024 um 10:00.

Erscheint zahlreich!

WICHTIG!



MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Renate Anderl, Ingrid Antes, Klaus Bergmaier, Julia Hinterseer-Pinter, Kira Höfenstock, Gisela Hormayr, Edith Krisch, Matthias Lauer, Harald Ludwig, Ueli Mäder, Kristina Meyer, Antonia Netzl, Gerald Netzl, Karl Öllinger, Alexander Rath, Andreas Sarközi, Christian Sevcik, Günther Sidl, Veronika Zwerger.

Grafische Gestaltung: Wien Work – Digital Media

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17. November 2023

Hefftermine 2024

Die Redaktion bedankt sich bei allen AutorInnen, GastautorInnen und FotografInnen, die 2023 zum Gelingen unserer Zeitung beigetragen haben.

Die Redaktionsschlüsse 2024 sind:

Heft 1: 23. Februar 2024, Heft 2: 24. Mai 2024,
Heft 3: 23. August 2024, Heft 4: 15. November 2024

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at.

Fotos: Redaktion FreiheitskämpferInnen

Lektorat: Klaus Bergmaier

Hersteller: Wien Work - Digital Media, 1220 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichten Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

Zlnr.: GZ 02Z033355M

Österreichische Post AG
MZ GZ02Z033355M